

Studien zum Privatrecht

Die Schriftenreihe *Studien zum Privatrecht (StudPriv)* wurde als Äquivalent zur renommierten Reihe *Jus Privatum* gegründet. Sie bietet herausragenden Dissertationen aus dem Bereich des Privatrechts eine ansprechende Plattform und deckt sämtliche Fächer des Privatrechts ab: Das Bürgerliche Recht, das Handels- und Gesellschaftsrecht, das Wirtschaftsrecht, das Arbeitsrecht und das Verfahrensrecht. Fächerübergreifende und fachgebietsübergreifende Themenstellungen sind dabei nicht ausgeschlossen, solange der Schwerpunkt der Arbeit im Privatrecht einschließlich seiner europarechtlichen beziehungsweise internationalrechtlichen Bezüge zu finden ist. Um die hohe Qualität der in dieser Reihe veröffentlichten Dissertationen zu gewährleisten, werden nur Arbeiten zur Veröffentlichung in Betracht gezogen, die in beiden Gutachten uneingeschränkt mit summa cum laude bewertet wurden.

Ansprechpartnerin:

Dr. Julia Caroline Scherpe-Blessing, LL.M. (Cantab)

Programmleitung Privatrecht, Strafrecht, Verfahrensrecht

ISSN: 1867-4275 - Zitiervorschlag: StudPriv

Stand: 18.05.2021. Preisänderungen vorbehalten.

Jetzt bestellen:

https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/studien-zum-privatrecht-studpriv?no_cache=1

order@mohrsiebeck.com

Telefon: +49 (0)7071-923-0

Telefax: +49 (0)7071-51104

Zimmermann, Anton S.

Der gesetzliche Rückforderungsanspruch

Leistung – Austauschleistung – Eingriff

2021. Ca. 390 Seiten.
erscheint im Juli

ISBN 9783161600555
Leinen ca. 100,00 €

ISBN 9783161600838
eBook PDF ca. 100,00 €

Der Rückforderungsanspruch erfüllt im Privatrecht eine zentrale Aufgabe: Er greift korrigierend ein, wann immer jemand ein Gut innehat, das die Rechtsordnung einem vormaligen Inhaber zuweist. Die Rechtsordnung stellt für diese Fälle mit dem Rücktrittsfolgenrecht, den Konditionen und der Vindikation drei Rückforderungsansprüche bereit, die zwar in ihrer generellen Stoßrichtung übereinstimmen, in ihren konkreten Rechtsfolgen aber tiefgreifende Unterschiede aufweisen. Für die Beteiligten ist deshalb entscheidend, welchem der genannten Regime ihre Rückforderungsbeziehung unterliegt. Anton S. Zimmermann widmet sich den damit einhergehenden Koordinationsfragen, indem er den Unterschieden zwischen den Anspruchsregimen nachgeht und herausarbeitet, auf welche Fallgruppen sie ihrem Wesen nach jeweils zugeschnitten sind. Auf Grundlage dieser Zuschnittsanalyse schlägt er ein System vor, das die Natur des Erwerbsvorgangs in den Mittelpunkt stellt.

Dieker, Thomas

Das Gemeinschaftskonto mit Einzelverfügungsbefugnis

Band 95
2021. XVII, 328 Seiten.

ISBN 9783161550539
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161550546
eBook PDF 79,00 €

Konten mit mehreren Inhabern, die jeweils einzeln über das Konto verfügen können, sind weit verbreitet. Die rechtliche Zuordnung der aus solchen Konten resultierenden Rechte ist Gegenstand dieser Untersuchung. Anhand ausgewählter AGB bestimmt Thomas Dieker typische Rechte von Gemeinschaftskonten. Diese Rechte lassen sich den Inhabern sowohl gemeinschaftlich in Form der Bruchteilsberechtigung als auch aufgrund solidarischer Einzelzuständigkeit in Form der Gesamtgläubigerschaft zuordnen. In verschiedenen Konfliktsituationen werden die Rechtsfolgen der jeweiligen Einordnung dargestellt. Die Gesamtgläubigerschaft eröffnet Dritten weitergehende Zugriffsmöglichkeiten. Soweit der Zugriff jedoch die wirtschaftliche Berechtigung des Inhabers übersteigt, gestaltet sich der Ausgleich unter den Beteiligten kompliziert. Die gemeinschaftliche Rechtszuständigkeit lässt sich eher mit den kontotypischen Rechten in Einklang bringen und trägt der Intention der Kontoinhaber Rechnung.

Öry, Marika

Kollektivität im Haftungsrecht

Die haftungsbegründenden Kategorien Verhalten und Interesse in der Erfassung von Kollektivphänomenen

Band 94
2020. XII, 289 Seiten.

ISBN 9783161594823
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161594830
eBook PDF 89,00 €

Privates Haftungsrecht beruht auf einem individualisierenden Modell der Lebenswirklichkeit: Haftung wird durch individuelles Handeln bzw. durch Verletzung individueller Interessen begründet. Geht es aber um das »Verhalten« eines Unternehmens oder die Manipulation sozialer Prozesse wie eines Marktes, greift diese Sichtweise zu kurz. Der Einfluss solcher Kollektivphänomene auf das Haftungsverhältnis kann in diesem Konzept nur über komplexe Zurechnungsmechanismen und beweisrechtliche Hilfskonstruktionen erfasst werden. Marika Öry untersucht die dogmatischen Defizite dieses individualisierenden Modells und setzt ihm ein kollektives Beschreibungsmodell entgegen, das Kollektivphänomene wie Unternehmen oder Märkte nicht durch Zurechnung individueller Handlungen oder Betroffenheiten, sondern als solche – d.h. als kollektives Verhalten bzw. kollektives Interesse – beschreibt.

Rauhut, Tilman

Aussonderung von Geld

Gegenständliche und wertmäßige Trennung fremden Vermögens von der Insolvenzmasse

Band 93
2020. XIII, 209 Seiten.

ISBN 9783161559808
Leinen 79,00 €

ISBN 9783161559815
eBook PDF 79,00 €

Im Wege der Aussonderung gemäß §§ 47, 48 InsO erhält ein Gläubiger Befriedigung vor den Insolvenz- und Massegläubigern: Schuldnerfremdes Vermögen wird von der zur Verteilung bestimmten Insolvenzmasse getrennt. Dazu muss nach ganz h.M. der fremde Vermögenswert gegenständlich unterscheidbar in der Masse vorhanden sein – woran es bei Geld in aller Regel fehlt. Tilman Rauhut bricht mit dieser Doktrin und entwickelt den Herausgabeanspruch aus § 48 Satz 2 InsO zur Grundlage einer Vermögenstrennung dem Werte nach: Wo die gegenständliche Aussonderung nicht mehr möglich ist, greift eine auf den Insolvenzfall zugeschnittene besondere Eingriffskondition. Sie erlaubt dem Berechtigten den Zugriff auf die in der Masse noch vorhandene Bereicherung – als Betrag beziffert, wie es der Funktion des Geldes als Wertmesser entspricht. Anfechtungsansprüche in der Doppelinsolvenz und Mehrheiten von Aussonderungsgläubigern lassen sich damit frei von Widersprüchen bewältigen.



Eichten, Rouven

Der oHG-Anteil im Spannungsfeld von Erb- und Gesellschaftsrecht

Zur erbrechtlichen Mit- und Fremdverwaltung eines von Todes wegen erworbenen oHG-Anteils

Band 92
2020. XXVII, 480 Seiten.

ISBN 9783161592140
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161592157
eBook PDF 104,00 €

Bei der Vererbung von Anteilen an Personengesellschaften wird versucht, das Erbrechtsgefüge des Bürgerlichen Gesetzbuchs, allen voran die Bestimmungen über die Erbengemeinschaft und erbrechtliche Fremdverwalter (Testamentsvollstrecker, Nachlass[insolvenz]verwalter, Nachlasspfleger), zur Anwendung zu bringen. Schon in der Vergangenheit gab es Lösungsvorschläge, die eine fein verästelte Modifikation des bürgerlichen Erbrechtsgefüges enthielten. Rouven Eichten skizziert diese und arbeitet eine Kritik am modifizierten Erbrechtsgefüge der etablierten Rechtsdoktrin heraus. Anschließend entwickelt er ein eigenes System, das sich noch stärker am bürgerlichrechtlichen Erbrechtsgefüge orientiert.

McColgan, Peter

Abschied vom Informationsmodell im Recht allgemeiner Geschäftsbedingungen

Band 91
2020. XXIII, 360 Seiten.

ISBN 9783161589669
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161589676
eBook PDF 99,00 €

Die meisten Menschen lesen allgemeine Geschäftsbedingungen nicht. Dennoch schreibt § 305 Abs. 2 BGB die Möglichkeit zur Kenntnisnahme als Einbeziehungsvoraussetzung vor. Dieser Widerspruch ist Ausprägung des Informationsmodells, das versucht, den Empfänger von AGB durch Informationspflichten vor widrigen Klauseln zu schützen. Peter McColgan hinterfragt diese Schutzkonzeption mit Blick auf ihre Effektivität sowie ihre dogmatischen Grundlagen. Dabei wird deutlich, dass zwar Einigkeit über das *Ob* einer AGB-Kontrolle besteht, das *Wie* der Inhaltskontrolle jedoch nicht zwingend ist. Insbesondere ist die aktuelle Rechtsgestaltung nicht mit einer Rückbindung der AGB-Kontrolle in der ökonomischen Analyse des Rechts vereinbar. Der Autor kritisiert diesen fehlenden Grundlagenbezug und arbeitet Alternativen heraus. Dabei konzentriert er sich auf drei Hauptfelder der AGB-Kontrolle: Die Einbeziehungsvoraussetzungen, das Transparenzgebot sowie die AGB-Kontrolle im unternehmerischen Geschäftsverkehr.

Feldmann, Riccarda

Der possessorische Besitzschutz und sein Verhältnis zum petitorischen Recht

Eine materiellrechtliche und zivilprozessuale Betrachtung

Band 90
2020. XXIII, 294 Seiten.

ISBN 9783161590047
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161590054
eBook PDF 89,00 €

Der Besitz ist im BGB gegen jede verbotene Eigenmacht geschützt – auch seitens der Person, der ein Recht zum Besitz oder zur Vornahme der Besitzstörung zusteht. Der Besitzer kann sich nicht nur mit Notwehr oder Selbsthilfe gegen den Täter der verbotenen Eigenmacht zur Wehr setzen, sondern auch Besitzschutzansprüche auf Wiederherstellung der ursprünglichen Besitzlage und auf Unterlassung künftiger Störungen geltend machen. Daraus resultiert ein Spannungsfeld zwischen possessorischem und petitorischem Recht, dessen Auflösung im BGB nur fragmentarisch geregelt ist und zivilprozessuale und zwangsvollstreckungsrechtliche Folgefragen aufwirft. Diese werden von Rechtsprechung und Lehre höchst uneinheitlich beantwortet. Riccarda Feldmann bietet ein umfassendes Lösungskonzept *de lege lata* und unterbreitet konkrete Vorschläge *de lege ferenda*.

Hoffmann, Isabel

Die Verbraucherrolle

Zur Frage nach den maßgeblichen Kriterien im materiellen Recht und im Prozessrecht

Band 89
2019. XXIII, 223 Seiten.

ISBN 9783161569074
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161569081
eBook PDF 59,00 €

Materielles Recht und Prozessrecht kennen heute eine Unmenge an verbraucherschützenden Regelungen, die an den Verbraucher- und Unternehmerbegriff anknüpfen. Sie gewähren dem Verbraucher, wenn er im vertraglichen Bereich auf einen Unternehmer trifft, eine bessere Rechtsstellung als bei Anwendung der allgemeinen Vorschriften. Die Einordnung einer Person als Verbraucher oder als Unternehmer bestimmt sich im Kern danach, ob ihr Handeln im konkreten Vertrag ihrem privaten oder beruflich-gewerblichen Bereich zuzurechnen ist. Dabei ist umstritten, welcher Bewertungshorizont zugrunde zu legen ist: der tatsächlich verfolgte Zweck der handelnden Person oder der objektive Empfängerhorizont des Vertragspartners. Isabel Hoffmann untersucht diese Streitfrage vor dem Hintergrund des wandelbaren Rollenverständnisses von Verbraucher und Unternehmer und verknüpft dies mit den prozessualen Aspekten von Beweis und Auslegung.



Höhne, Christiane

Die mangelhafte Leasingsache

Rechtspositionen des Leasingnehmers, Leasinggebers und Lieferanten im Rahmen der leasingtypischen Abtretungskonstruktion

Band 88
2019. XIX, 574 Seiten.

ISBN 9783161575983
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161575990
eBook PDF 119,00 €

Typischerweise zeichnet sich der Leasinggeber von der Gewährleistung gegenüber dem Leasingnehmer unter gleichzeitiger Zession der liefervertraglichen Mängelrechte frei. Aufgrund der von ihr zugrunde gelegten mietvertraglichen Typologisierung des Finanzierungsleasingvertrages kann die herrschende Meinung die Freizeichnung nur mit den von ihr angenommenen mittelbaren Rechtsfolgen legitimieren. Dadurch wird die Haftungsfreizeichnung teilweise konterkariert. Christiane Höhne stellt ein abweichendes Pflichtenverständnis des Leasinggebers entgegen, das die dogmatischen Inkonsistenzen vermeidet. Hierfür untersucht sie umfassend die Rechtsfolgen bei Geltendmachung der zedierten Mängelrechte des Leasingnehmers gegenüber dem Lieferanten und zeigt zugleich die Grenzen formularmäßiger Modifizierungen der Mängelrechte im Liefer- bzw. Finanzierungsleasingvertrag im unternehmerischen und nichtunternehmerischen Verkehr auf.

Odemer, Hilmar

Schadensersatz statt der Leistung im Anspruchssystem des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses

Eine Untersuchung zur Anwendbarkeit der §§ 281, 282 BGB auf den vindikatorischen Herausgabeanspruch gemäß § 985 BGB

Band 87
2019. XIX, 175 Seiten.

ISBN 9783161582400
Leinen 79,00 €

ISBN 9783161582417
eBook PDF 79,00 €

Die Frage, ob der Eigentümer den unrechtmäßigen Besitzer auf Schadensersatz in Höhe des Sachwerts in Anspruch nehmen kann, wenn dieser seiner Herausgabepflicht aus § 985 BGB nicht nachkommt, mutet auf den ersten Blick einfach an. Bei genauerem Hinsehen erfordert ihre Beantwortung jedoch komplexe materiell- und verfahrensrechtliche Überlegungen. Obgleich sich die Rechtsgrundlagen durch die Reform des Schuldrechts im Jahre 2002 wesentlich gewandelt haben, hält der BGH mit seinem Urteil vom 18. März 2016 an seiner Rechtsprechung zum alten Recht unverändert fest: Der Eigentümer könne den Sachwert nach Ablauf einer angemessenen Frist gem. § 281 BGB verlangen, wenn der Besitzer zuvor bösgläubig oder verklagt war. Hilmar Odemer zeigt, dass dies mit den Wertungen des EBV nicht in Einklang zu bringen ist. Er weist mit § 282 BGB einen anderen Weg auf, der sich nahtlos in die gesetzliche Systematik einfügt bzw. diese ergänzt und auch einer praktischen Durchführbarkeitsprüfung standhält.

Meier, Johannes

Das subjektive System der Geschäftsführung ohne Auftrag

Die §§ 677–686 BGB im Lichte der zweigliedrigen subjektiven Theorie

Band 86
2019. XXIII, 416 Seiten.

ISBN 9783161564468
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161564475
eBook PDF 109,00 €

Die Doktrin der echten Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677–686 BGB) beschäftigt die deutsche Zivilrechtswissenschaft seit mehr als hundert Jahren. Unzählige Arbeiten wurden diesem Thema gewidmet und vermochten es nicht, gänzlich Ruhe und Rechtsfrieden in dieses Institut des Bürgerlichen Rechts zu bringen. Sein Anwendungsbereich wird bis heute als zu weitgehend, zu konturlos empfunden. Dies ermöglichte der Rechtsprechung seit jeher auf die Geschäftsführung ohne Auftrag immer dann zu verweisen, wenn ein vermögensrechtlicher Ausgleich nach anderen Abwicklungssystemen nicht gelang. Zum Überlaufen brachte das Maß schließlich die von der Rechtsprechung propagierte Auffassung, die nach §§ 134, 138 BGB nichtigen Verträge grundsätzlich auch den Bestimmungen der §§ 677 ff. BGB zu unterwerfen. Johannes Meier versucht einen Neustart, indem er die maßgebenden Momente bei der Geschäftsbesorgung durch den Geschäftsherrn in den Blick nimmt und die §§ 677–686 BGB im Verhältnis zu anderen gesetzlichen Schuldverhältnissen (§§ 812 ff., 985 ff., 823 ff. BGB) abstimmt.

Kuschel, Linda

Der Erwerb digitaler Werkexemplare zur privaten Nutzung

Band 85
2019. XIII, 312 Seiten.

ISBN 9783161568145
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161568152
eBook PDF 99,00 €

Werkexemplare werden seit geraumer Zeit digital erworben und genutzt, dennoch sind grundlegende rechtliche Fragen noch immer offen. Insbesondere ist unklar, was der (dingliche) Gegenstand des Erwerbs ist. Dabei ist die Rechtsnatur des Erwerbsgegenstands von entscheidender Bedeutung für verschiedene aktuelle Diskussionen, etwa jene um die Rechtmäßigkeit des Weiterverkaufs digitaler Werkexemplare oder die Zulässigkeit bestimmter Nutzungsbeschränkungen in Endnutzerlizenzverträgen. Linda Kuschel untersucht den Erwerb digitaler Werkexemplare zur privaten Nutzung aus drei Perspektiven: der urheberrechtlichen, der schuldrechtlichen und der sachenrechtlichen. Sie entwickelt ein stimmiges Konzept, um diese drei Bereiche miteinander in Einklang zu bringen.



Mihaylova, Elitza

Die Garantiewerberhaftung nach § 443 Abs. 1 BGB als Institut des europäischen Marktordnungsrechts

Zum Schutz des Marktes vor adverser Selektion durch eine gesetzliche Marktinformationshaftung und die Inhaltskontrolle vorformulierter Garantiebedingungen

Band 84
2019. XIII, 246 Seiten.

ISBN 9783161567780
fadengeheftete Broschur 64,00 €
ISBN 9783161567834
eBook PDF 64,00 €

Nach § 443 Abs. 1 BGB binden Werbeangaben über Garantien den Werbenden ebenso wie der eigentliche Garantievertrag. Als marktordnungsrechtliche Norm im BGB steht § 443 Abs. 1 BGB exemplarisch für die Konvergenz der Schutzzwecke von Verbraucherschutz- und Wettbewerbsrecht unter europäischem Einfluss. Die Garantiewerberhaftung bildet aus diesem Grund einen Kristallisationspunkt des europarechtlich veranlassten Wandels des nationalen Vertragsrechts. Aus europäischer Perspektive ist eine privatautonome Transaktion ein Mittel zur Integration des Binnenmarktes. Die Verbindlichkeit der Werbeangaben resultiert vor diesem Hintergrund aus einem gesetzlichen Schuldverhältnis, das die europarechtliche, marktordnungsrechtliche Zwecksetzung der Garantiewerberhaftung spiegelt. Diese schützt den Informationsgehalt des durch Garantiewerbung gesetzten Qualitätssignals und dadurch den Binnenmarkt vor einem Marktversagen durch adverse Selektion.

Herberger, Marie

Von der »Schlüsselgewalt« zur reziproken Solidarhaftung

Zugleich ein Beitrag zum Rechtsprinzip der nachwirkenden ehelichen Solidarität

Band 83
2019. XXIV, 295 Seiten.

ISBN 9783161562846
Leinen 89,00 €
ISBN 9783161562853
eBook PDF 89,00 €

Die Reputation von § 1357 BGB, oft als *sedes materiae* der »Schlüsselgewalt« angesehen, hat in den letzten Jahren schwer gelitten. Nahezu einhellig wird in der Literatur die Streichung dieser Vorschrift wegen ihres anachronistischen Charakters gefordert. Marie Herberger stellt dar, dass eine Streichung von § 1357 BGB naheheilig zu einer schwerwiegenden Solidaritätslücke im Verhältnis zwischen den Ehegatten führen würde. Die Regelung wird sogar zum Schutz der nachwirkenden ehelichen Solidarität benötigt. Allerdings ist § 1357 BGB dennoch *de lege lata* als verfassungswidrig anzusehen, weil die Norm diesen legitimen Zweck in überschießender Tendenz und damit nicht in erforderlicher Weise verfolgt. Deshalb unterbreitet die Autorin einen Vorschlag *de lege ferenda* für eine Neufassung von § 1357 BGB.

König, Christian M.

Die Stiftung als Instrument der Nachlassplanung

Eine Untersuchung de lege lata zur Stellung der Stiftung im Kontext des deutschen Pflichtteilsrechts mit Überlegungen de lege ferenda im Lichte des novellierten österreichischen Pflichtteilsrechts

Band 82
2018. XXII, 339 Seiten.

ISBN 9783161562242
Leinen 99,00 €
ISBN 9783161562259
eBook PDF 99,00 €

Die Stiftung bürgerlichen Rechts gewinnt in der Praxis zunehmende Bedeutung als Instrument der Nachlassplanung. Im Zentrum der Überlegungen steht dabei meist das Anliegen, bedeutende Vermögensgüter wie etwa Gesellschaftsbeteiligungen, Immobilien und Kunstgegenstände über mehrere Generationen hinweg in Familienhand zu belassen. Ausgehend von der Hypothese, dass das deutsche Pflichtteilsrecht derartigen Vorhaben enge Grenzen setzt, geht Christian M. König der Frage nach, welches Potenzial die Stiftung für die Familienvermögensplanung hat. Das mit Wirkung zum 1. Januar 2017 novellierte österreichische Pflichtteilsrecht sowie die Tatsache, dass die österreichische Privatstiftung ein weitverbreitetes Instrument zur Erhaltung von Familienvermögen darstellt, geben zudem Anlass für einen rechtsvergleichenden Blick mit einigen Überlegungen *de lege ferenda* zum deutschen Pflichtteilsrecht.

Hegerfeld, Nicola

Ärztliche Aufklärungs- und Informationspflichten

Eine Auseinandersetzung mit der Qualität der Kodifizierung der § 630e und § 630c BGB

Band 81
2018. XXI, 538 Seiten.

ISBN 9783161564543
Leinen 114,00 €
ISBN 9783161564550
eBook PDF 114,00 €

Die ärztlichen Aufklärungs- und Informationspflichten wurden 2013 in § 630e und § 630c BGB kodifiziert. Sie sind im Behandlungsvertrag wesentlich detaillierter geregelt als in den meisten anderen zivilrechtlichen Vertragstypen. Darüber hinaus kommt ihnen aufgrund der betroffenen höchstpersönlichen Rechtsgüter eine elementare Bedeutung zu. Die umfangreiche und ausdifferenzierte Rechtsprechung hierzu sollte ausweichlich der Gesetzesbegründung im Wesentlichen ohne inhaltliche Änderungen kodifiziert werden. Nicola Hegerfeld untersucht, ob dem Gesetzgeber dies (gut) gelungen ist und an welchen Stellen eine bessere Regelung möglich gewesen wäre. Sie unternimmt eine systematische und umfassende Analyse der verschiedenen Pflichten in Bezug auf ihre Abgrenzung voneinander sowie auf Gegenstand, Umfang, Modalitäten und Rechtsfolgen im Falle eines Verstoßes.



Hörnig, Normen

Fortbestand akzessorischer Sicherheiten

Eine gesellschaftsrechtliche Lösung am Beispiel der Bürgschaft bei Wegfall des Hauptschuldners

Band 80
2018. XVII, 210 Seiten.

ISBN 9783161559686
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161559693
eBook PDF 84,00 €

Fällt ein Hauptschuldner und mit ihm die Hauptschuld weg, kommt es bei hierfür bestehenden akzessorischen Sicherungsrechten zu Konflikten. Gemäß dem Akzessorietätsgrundsatz, welcher die Sicherheit untrennbar mit der Hauptschuld verbindet, gibt es beim Wegfall der Hauptschuld zugleich auch keine hierfür gewährten Sicherheiten. Sofern dieses Dilemma durch den vermögensbedingten Untergang des Hauptschuldners verursacht wurde, entkoppeln Rechtsprechung und h.L. die eigentlich akzessorische Sicherheit von der Hauptschuld und lassen sie selbständig zugunsten einer Haftung des Sicherungsgebers gegenüber dem Gläubiger fortbestehen. Normen Hörnig bietet hierzu einen dogmatisch verträglicheren Ansatz. Am Beispiel der Bürgschaft zeigt er anhand generell unstrittiger gesellschaftsrechtlicher Überlegungen, dass die gewünschte Haftung des Sicherheitengebers ganz ohne Akzessorietätsausnahme oder dogmatische Brüche erreicht werden kann.

Philipp, Markus

Verjährungshemmung durch Rechtsverfolgung

Insbesondere ein Beitrag zur Behandlung verfahrensrechtlich fehlerhafter

Rechtsverfolgungsmaßnahmen des § 204 Abs. 1 BGB

Band 79
2018. XIX, 376 Seiten.

ISBN 9783161559952
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161559969
eBook PDF 79,00 €

Eine Rechtsverfolgungsmaßnahme, welche die verfahrensrechtlichen Anforderungen nicht erfüllt, hemmt nach allgemeiner Auffassung die Verjährung auch dann, wenn sie »nur« unzulässig, nicht aber wenn sie unwirksam ist. Gegenwärtig bestimmt die verfahrensrechtliche Fehlerfolgenlehre, ob die materiell-rechtliche Wirkung des § 204 Abs. 1 BGB eintritt. Markus Philipp legt dar, dass diese Handhabung dem Sinn und Zweck der Norm, der nach einhelliger Auffassung in der Warnung des Schuldners besteht, nicht gerecht wird. Er befürwortet stattdessen einen schuldnerorientierten Beurteilungsmaßstab: Verjährungshemmung ist demnach zu bejahen, wenn die Auslegung der Rechtsverfolgungsmaßnahme analog §§ 133, 157 BGB erkennen lässt, dass der Gläubiger mit dieser sein Recht durchsetzen wollte, und wenn der Schuldner erkennen kann, welcher Anspruch konkret geltend gemacht wird (Individualisierung).

Göbbel, Vincent

Die Lehre vom fehlerhaften Organ

Zur Begründung eines verbandsrechtlichen Prinzips, dessen Verhältnis zur Lehre vom fehlerhaften

Verband und seiner Anwendung auf gekorene Organwalter

Band 78
2018. XV, 370 Seiten.

ISBN 9783161563416
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161563423
eBook PDF 94,00 €

Werden Organmitglieder unwirksam bestellt, so haben sie nach allgemeinen Regelungen nicht die Rechte, Rechtsmacht und Pflichten, die sonst mit ihrer Stellung einhergehen. Die herrschende Ansicht behandelt daher die fehlerhafte Bestellung von Geschäftsleitern mit der Lehre vom fehlerhaften Organ als wirksam. Anlässlich der in BGHZ 196, 195 getroffenen Entscheidung des BGH, dies nicht auf die fehlerhafte Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern zu übertragen, unterzieht Vincent Göbbel die Lehre vom fehlerhaften Organ einer grundlegenden rechtsdogmatischen Untersuchung. Entgegen der vorherrschenden Ansicht verleiht er ihr eine eigenständige Begründung, die von der Lehre vom fehlerhaften Verband unabhängig ist. Davon ausgehend konkretisiert er die Voraussetzungen, Einschränkungen sowie Folgen der Lehre vom fehlerhaften Organ und erstreckt sie auf den Aufsichtsrat, nachdem er zuvor die BGHZ 196, 195 zugrunde liegenden Thesen kritisch gewürdigt hat.

Marchlewski, Simon M.

Das Wechselmodell im Kindschaftsrecht

Abhandlung zu den familien- und verfassungsrechtlichen Grundlagen

Band 77
2018. XXI, 397 Seiten.

ISBN 9783161558443
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161558450
eBook PDF 89,00 €

Das Wechselmodell, bei dem das Kind von seinen Eltern nach deren Trennung abwechselnd betreut wird, steht derzeit im Fokus der nationalen wie internationalen sorgerechtlichen Diskussion und des rechtspolitischen Interesses. Obwohl es immer populärer wird, ist es bisher gesetzlich nicht geregelt. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an den Gesetzgeber, die bis zu einer neuen großen Kindschaftsrechtsreform reichen. Simon M. Marchlewski bietet eine detaillierte Analyse der Grundlagen des Wechselmodells im Kindschafts- und Verfassungsrecht und zeigt entsprechenden Reformbedarf auf. Dabei legt er neben der viel diskutierten Frage, ob ein Wechselmodell gegen den Willen eines Elternteils gerichtlich angeordnet werden kann, einen Schwerpunkt auf die rechtliche Ausgestaltung und Absicherung eines künftigen oder bereits praktizierten Wechselmodells.



Bialluch, Stephanie Madeleine

Das sogenannte Anleiheschuldverhältnis

Band 76
2018. XXI, 349 Seiten.

ISBN 9783161556999
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161557002
eBook PDF 94,00 €

Das Schuldverschreibungsgesetz verbindet die Gläubiger von Anleihen zu einer besonderen Gemeinschaft. Wie dieses Kollektiv und die Bestimmungen des Schuldverschreibungsgesetzes einzuordnen sind, ist bisher nicht abschließend geklärt. Welche Möglichkeiten bestehen für den einzelnen Anleihegläubiger, sich durch Kündigung vorzeitig von seinem Investment und diesem Kollektiv zu lösen? Ausgehend von den bilateralen Rechtsbeziehungen zwischen dem Anleiheschuldner und dem einzelnen Anleihegläubiger werden das Kollektiv der Anleihegläubiger sowie die Bestimmungen des Schuldverschreibungsgesetzes anhand der wertpapierrechtlichen und allgemeinen zivilrechtlichen, insbesondere schuldrechtlichen, Grundlagen analysiert und qualifiziert. Anschließend untersucht die Autorin, welche Möglichkeiten für den Gläubiger einer Anleihe bestehen, diese zu kündigen, und welche Möglichkeiten wiederum für das Kollektiv der Anleihegläubiger bestehen, eine solche Kündigung aufzuheben.

Waldkirch, Conrad

Zufall und Zurechnung im Haftungsrecht

Band 75
2018. XVII, 472 Seiten.

ISBN 9783161550188
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161556296
eBook PDF 79,00 €

Wer hat einen entstandenen Schaden zu tragen? Dies ist die zentrale Frage des Haftungsrechts. Conrad Waldkirch untersucht grundlegend, wann ein Schadensereignis Zufall und deshalb dem Geschädigten zugewiesen ist (casum sentit dominus) und wann und warum ein anderer ein Schadensereignis zu verantworten hat und für dieses als Schädiger einstehen muss. Dafür beleuchtet er die Rechtsfigur des Zufalls sowie die theoretischen Grundlagen der haftungsrechtlichen Zurechnung und systematisiert diese teilweise neu. Er untersucht eingehend die haftungsrechtlichen Zurechnungsprinzipien und überprüft die Systemkonformität und Erforderlichkeit der im Zusammenhang mit ihnen verwendeten Zurechnungsformeln und -kriterien.

Hogrebe, Ludwig

Bindungsgrenzen

Überlange Mindestvertragslaufzeiten und die objektiven Freiheiten der Zivilrechtsordnung

Band 74
2018. XXI, 342 Seiten.

ISBN 9783161559402
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161559419
eBook PDF 89,00 €

Trotz persönlicher Zerwürfnisse und einer geänderten Lebenssituation jeden Tag die Pflichten eines unkündbaren Dauerschuldverhältnisses erfüllen zu müssen, erscheint unvorstellbar. Überraschenderweise ist dies eine reale Möglichkeit. Denn statt der Kündigungsfreiheit verschreibt sich das bürgerliche Recht einer Vertragsfreiheit, die den Ausschluss der Kündigung auf unbegrenzte Zeit erlaubt. Es gibt keine allgemeine Bestimmung, die die Dauer von Mindestvertragslaufzeiten begrenzt, und der Bundesgerichtshof hat ausdrücklich entschieden, dass ewig unkündbare Verträge zulässig sind. Auf der anderen Seite hat sich der Gesetzgeber gerade dort, wo es darauf ankommt, für die Freiheit von Bindung entschieden. Zu unterschiedlichen Zeiten und Anlässen, in verschiedenen Ausgestaltungen und verstreut über das gesamte Zivilrecht hat er Bestimmungen geschaffen, die Mindestvertragslaufzeiten regulieren: die Bindungsgrenzen. Für seine Arbeit erhielt Ludwig Hogrebe den Harry Westermann-Preis 2017 der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster e.V.

Regelsberger, Dominik

Die Eigenbedarfskündigung durch juristische Personen und Personengesellschaften

Band 73
2018. XVIII, 190 Seiten.

ISBN 9783161559617
Leinen 79,00 €

ISBN 9783161559624
eBook PDF 79,00 €

Kann eine Gesellschaft ein Mietverhältnis unter Berufung auf den Eigenbedarf eines Gesellschafters kündigen? Wie verhält es sich bei juristischen Personen? Dominik Regelsberger setzt sich mit den bislang vertretenen Meinungen kritisch auseinander und stellt fest, dass diese Ansichten zum einen dogmatische Schwächen aufweisen und zum anderen zu uneinheitlichen und systematisch fragwürdigen Ergebnissen führen. Er erarbeitet einen neuen Ansatz, bei dem er neben gesellschaftsrechtlichen Aspekten das familiäre Verhältnis zwischen dem Vermieter und der Bedarfsperson als entscheidendes Merkmal heranzieht. Zudem entwickelt er einen Maßstab, der auch bei juristischen Personen und Gesellschaften die Feststellung des Bestehens eines solchen Verhältnisses ermöglicht. Die aus der Anwendung dieser Lösung resultierenden Ergebnisse stellt der Verfasser anhand einiger Beispiele aus der Praxis dar.

Pfertner, Bernd

Unternehmerische Entscheidungen des Vorstands

Anwendungsbereich und Stellenwert der »Business Judgment Rule« des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG

Band 72
2017. XXIV, 258 Seiten.

ISBN 9783161553271
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161553288
eBook PDF 89,00 €

Die »Business Judgment Rule« (§ 93 Abs. 1 S. 2 AktG) soll dem Vorstand der AG einen Haftungsfreiraum bei »unternehmerischen Entscheidungen« bieten, weist aber nach wie vor in ihrem Anwendungsbereich erhebliche Unschärfen auf. Auch ihre haftungsrechtlichen Auswirkungen werden unterschiedlich bewertet. Nachdem er herausarbeitet, dass die Regelung durchaus ein haftungsrechtliches Privileg für den Vorstand bietet, präzisiert Bernd Pfertner ihren Anwendungsbereich und mustert die aktienrechtliche Pflichtenlage des Vorstands auf »unternehmerische Entscheidungen« hin. Die Arbeit soll einen Beitrag zu Anwendungsbereich, Funktion und Stellenwert der »Business Judgment Rule« im Kontext der Organhaftung leisten und zudem als praktisch nützlicher Wegweiser zur Identifikation »unternehmerischer Entscheidungen« in der Vorstandstätigkeit dienen.

Raff, Thomas

Die gewöhnlichen Erhaltungskosten

Verwendungsersatz und Nutzungszuordnung im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis

Band 71
2017. XXVI, 569 Seiten.

ISBN 9783161549946
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161553325
eBook PDF 119,00 €

Ausgehend von §§ 994 Abs. 1 S. 2 und 995 S. 2 BGB untersucht Thomas Raff das Verhältnis von Verwendungen und Nutzungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. Die gewöhnlichen Erhaltungskosten erfüllen eine wichtige Funktion: Sie mitteln zwischen den Interessen des gutgläubigen Besitzers und dem Schutz des Eigentümers. Dass (ein Teil der) Nutzungen von Verwendungsersatzansprüchen abzuziehen ist, ist ein privatrechtliches Prinzip. Es lässt sich in Quellen des römischen Rechts und des 19. Jahrhunderts ebenso nachweisen wie im geltenden französischen, österreichischen und polnischen Recht. Die gefundenen Ergebnisse lassen Rückschlüsse auf das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis insgesamt zu. Dieses kann mit dem Sacherhaltungs- und Sachverbesserungsprinzip erklärt werden und ist anderen Rückabwicklungsmechanismen wie dem Bereicherungsrecht oder der Geschäftsführung ohne Auftrag überlegen.

Klingbeil, Stefan

Die Not- und Selbsthilferechte

Eine dogmatische Rekonstruktion

Band 70
2017. XIII, 309 Seiten.

ISBN 9783161555336
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161555343
eBook PDF 84,00 €

In der Rechtslehre mehren sich seit längerem die Bedenken gegen die tradierte Gewaltrechtsdogmatik. Vor dem Hintergrund der wachsenden Kritik unterzieht Stefan Klingbeil die Not- und Selbsthilferechte einer eingehenden Revision. Er zeigt auf, dass sich diese Rechtsbehelfe nur dann friktionslos in das System der Gesamtrechtsordnung einfügen, wenn man die Selbsthilferechte stärker als bislang von den subsidiären Notrechten abschichtet. Dabei sind die Selbsthilferechte als Legitimationsgrundlagen zum Handeln im eigenen Namen zu begreifen. Die Notrechte ermöglichen dem Einzelnen dagegen ein Auftreten im Namen des Staates. Dementsprechend wird der Selbsthelfer 'auf eigene Faust' tätig, während der Notrechte ausübende Bürger als 'verlängerter Arm' des Staates agiert. Besonderes Augenmerk legt das Rekonstruktionsvorhaben auf die stimmige Integration des Verhältnismäßigkeitsprinzips in die Gewaltrechtsdogmatik sowie auf die Ausleuchtung der einschlägigen Haftungsfragen.

Weigel, Johannes

Organvermittlung und Arzthaftung

Regelungskonzept, Verfassungsmäßigkeit, Rechtsnatur und arzthaftungsrechtliche Konsequenzen des Systems der Organvermittlung

Band 69
2017. XXIII, 337 Seiten.

ISBN 9783161554544
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161554551
eBook PDF 99,00 €

Der in Deutschland chronisch vorherrschende Mangel an Spenderorganen zwingt den Gesetzgeber zu einem Verteilungssystem, das über Leben und Tod der wartenden Patienten entscheidet. Das derzeitige wird von Richtlinien der Bundesärztekammer mit seinen Wartelisten- und Verteilungsverfahren geprägt und sieht sich dabei starker verfassungsrechtlicher Kritik ausgesetzt. Dabei wird es in zunehmendem Maße rechtspolitisch in Frage gestellt. Zu dieser schwierigen Lage des deutschen Transplantationsrechts gesellt sich in letzter Zeit ein erheblicher Verlust des Systemvertrauens der Bevölkerung durch manipulative Eingriffe behandelnder Ärzte und fehlerhafte Organvermittlungen. Die Frage, wie sich verfassungsrechtliche Unsicherheiten der BÄK-Richtlinien auf die zivilrechtliche Arzthaftung auswirken, unter welchen Voraussetzungen ein behandlungsvertrags- und deliktsrechtlicher Schuldvorwurf erhoben werden kann und wie sich die Rechtssätze der BÄK zivilrechtsdogmatisch in die Arzthaftung einordnen lassen, ist Kernthema der vorliegenden Untersuchung.

Die Arbeit wurde mit dem Fakultätspreis Wintersemester 2016/17 der Juristischen Fakultät der LMU München, dem Promotionspreis der Münchener Juristischen Gesellschaft 2017 sowie dem Wissenschaftspreis der Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen ausgezeichnet.

Kasper, Tim

Das Erfolgsrisiko des Verkäufers

Zur Risikoverteilung beim Sachkauf bei Lieferung mangelhafter Ware unter besonderer Berücksichtigung der Verteilung der Leistungsgefahr im Rahmen der Nacherfüllung

Band 68
2017. XXX, 728 Seiten.

ISBN 9783161550584
Leinen 134,00 €

ISBN 9783161551376
eBook PDF 134,00 €

Tim Kasper untersucht die Entwicklung der Gefahrtragung im Vertragsvollzug. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie beim Sachkauf die Gefahr des zufälligen Untergangs und die Gefahr einer zufälligen Verschlechterung nach Lieferung mangelhafter Ware zwischen den Parteien verteilt sind, je nachdem, auf welche Weise der Käufer auf den Mangel reagiert und unter welchen Umständen die mangelhafte Sache Schaden nimmt. Die Veränderungen des Kaufrechts durch die Schuldrechtsreform, insbesondere die Annäherung von Stück- und Gattungskauf in einem neuen Kaufleitbild, das von der Primärpflicht des Verkäufers zur Herstellung einer bestimmten Beschaffenheit geprägt ist, erfordern es nämlich, die Gefahrtragung beim Kauf im Zusammenspiel mit den Mängelrechten des Käufers grundlegend neu zu durchdenken. Im Ergebnis verfasst der Autor auch einen Regelungsvorschlag zu aktuellen gesetzgeberischen Bestrebungen, die Gefahrtragung während der Nacherfüllung ausdrücklich zu regeln.

Hacker, Philipp

Verhaltensökonomik und Normativität

Die Grenzen des Informationsmodells im Privatrecht und seine Alternativen

Band 67
2017. XL, 1022 Seiten.

ISBN 9783161551352
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161553295
eBook PDF 139,00 €

Verhaltensökonomisch basierte Regulierung, von 'Nudging' bis 'Debiasing', hat längst auch Deutschland und Europa erreicht. Doch die Implikationen der Verhaltensökonomik für Normsetzung sind nicht immer so eindeutig, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mögen: Auf empirischer Ebene herrscht Unsicherheit über den tatsächlichen Rationalitätsgrad von Marktakteuren; auf normativer Ebene Unklarheit darüber, welche rechtspolitischen Ziele mithilfe der neuen Techniken verfolgt werden sollen. Philipp Hacker nimmt sich dieser Herausforderungen an, begründet entscheidungstheoretisch die Relevanz der Verhaltensökonomik für das Privatrecht und macht sich für ihren Einsatz zur Steigerung von Fairness in Marktkontexten stark, besonders im Verbraucher- und Kapitalmarktrecht. Auf dieser Grundlage erfährt das Informationsmodell, das zentrale europäische Regulierungsparadigma, eine Neukonzeption.

Fritzsche, Matthias

Die juristische Konstruktion des Insolvenzplans als Vertrag

Band 66
2017. XXII, 342 Seiten.

ISBN 9783161551598
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161552342
eBook PDF 94,00 €

Der Insolvenzplan entwickelt sich immer mehr zur 'Allzweckwaffe' des Insolvenzrechts. Umso dringender bedarf es einer tragfähigen rechtswissenschaftlichen Einordnung dieses Rechtsinstituts. In der Wissenschaft ist jedoch die Rechtsnatur des Insolvenzplans bislang umstritten. Diesen Streit bereitet Matthias Fritzsche grundlegend auf und entscheidet ihn zugunsten der Vertragstheorie. Er entwickelt dazu eine Konstruktion des Insolvenzplans als Vertrag, die maßgeblich auf die Rechtsfigur einer Bruchteilsgemeinschaft der Gläubiger an Verfahrensrechten gestützt ist. Das vorliegende Werk ist jedoch nicht nur eine wissenschaftliche Grundlagenarbeit zu dieser Gläubigergemeinschaft und dem Insolvenzplanverfahren, sondern bietet auch Lösungen für praktische Fragen im Planverfahren wie etwa jene nach der Zulässigkeit sogenannter Nachzüglerklauseln.

Eickelmann, Sarah

Die Rückwirkung im System des Bürgerlichen Gesetzbuchs

Band 65
2017. XIII, 210 Seiten.

ISBN 9783161550225
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161552373
eBook PDF 59,00 €

Sarah Eickelmann behandelt die Rückwirkung im System des Bürgerlichen Rechts und die grundlegende zivilrechtsdogmatische Fragestellung ihrer Rechtfertigung. Mit der Rückwirkung der Anfechtung, der Genehmigung, der Aufrechnung sowie den Rückwirkungsanordnungen im Rahmen der Ausschlagung der Erbschaft und der Erbnunwürdigkeitserklärung, werden ausgewählte Rückwirkungsfiguren des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf ihre Bedeutung für das System des Bürgerlichen Rechts und ihre Zweckmäßigkeit in praktisch problematischen Situationen anhand zuvor erarbeiteter Kriterien analysiert. Dabei bezieht die Autorin teilweise auch rechtshistorische und rechtsvergleichende Aspekte mit ein. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich im Hinblick auf die Wirkung der Anfechtung und die erbrechtlichen Rückwirkungsanordnungen bessere Argumente für eine Rückwirkung sprechen, während in Bezug auf die Genehmigung und die Aufrechnung die Anordnung einer Rückwirkung nicht zwingend erscheint.



Titz, Daniela

Das Vindikationslegat

Reformbedürftigkeit und Reformfähigkeit des deutschen Erbrechts

Band 64
2017. XXII, 437 Seiten.

ISBN 9783161553080
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161553097
eBook PDF 94,00 €

In einer Vielzahl von Verfügungen von Todes wegen kommt der Wunsch zum Ausdruck, einzelne Gegenstände bestimmten Personen zu hinterlassen. Daniela Titz beantwortet dazu folgende Fragen: Sollte zur umfangreicheren Verwirklichung der Interessen des Erblassers der Versuch der Integration eines Vindikationslegates in das Recht des BGB unternommen werden? Ist das deutsche Erbrecht reformbedürftig oder kann den Interessen des Erblassers bereits mit den derzeitigen inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten von Verfügungen von Todes wegen zum Durchbruch verholfen werden? Im Anschluss hieran steht die Reformfähigkeit im Fokus, insbesondere die Entwicklung eines Gesetzesentwurfs zur Einführung eines Vindikationslegates und die Frage nach dessen Vereinbarkeit mit den Grundwertungen des deutschen Erbrechts. Die Autorin bezieht hierbei auch rechtshistorische und rechtsvergleichende Elemente mit ein.

Jäger, Veronika

Die Haftung von Partnern einer Partnerschaftsgesellschaft für berufliche Fehler

Band 63
2017. XXII, 283 Seiten.

ISBN 9783161551673
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161551680
eBook PDF 74,00 €

Bei der Wahl der geeigneten Rechtsform zur Berufsausübung kommt der persönlichen Haftung und der Haftungsbeschränkung eine entscheidende Bedeutung zu. Für Angehörige Freier Berufe eröffnet die Partnerschaftsgesellschaft die Möglichkeit, die Haftung für Schäden infolge fehlerhafter Berufsausübung auf einzelne Partner zu beschränken bzw. sie durch die Wahl der Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung vollständig auszuschließen.

Wann wird die Schwelle haftungsrelevanten Verhaltens überschritten? Auf wen kann sich die persönliche Haftung konzentrieren? Und welche (ungeschriebenen) Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit die persönliche Haftung für berufliche Fehler bei einer Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung wirksam ausgeschlossen ist? Veronika Jäger untersucht diese Fragen eingehend und entwickelt Abgrenzungskriterien und Definitionen, mit deren Hilfe das Ausmaß der persönlichen Haftung kalkulierbarer wird.

Schmitt, Florian

Beraterhaftung für Insolvenzverschleppungsschäden

Band 62
2017. XV, 267 Seiten.

ISBN 9783161550768
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161552359
eBook PDF 89,00 €

Kommt es zur Insolvenzverschleppung, wird zunächst meist die Haftung des Managements diskutiert. Jüngst weitet sich der Diskurs indes auch auf die Frage nach der (Mit-)Verantwortung der Berater des in Insolvenz gefallenen Unternehmens aus. Etwa gegen Steuerberater, Rechtsanwälte oder Wirtschaftsprüfer gerichtete – mittelbar durch deren Haftpflichtversicherung abgesicherte – Schadensersatzansprüche werden als Instrument zur Auffüllung der oftmals unzureichenden Insolvenzmasse erkannt. Vor diesem Hintergrund geht Florian Schmitt der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit der Berater (insbesondere der Steuerberater) für die Insolvenzverschleppung ihres Mandanten nach. Er untersucht nicht nur die Beziehung des Beraters zum Mandanten selbst, sondern auch zu Dritten, wie etwa Geschäftsleitern, Gesellschaftern oder Gläubigern des Unternehmens, die ebenfalls häufig ein Interesse an der Inanspruchnahme des Beraters haben.

Danwerth, Christopher

Das Finanztransfergeschäft als Zahlungsdienst

Herausforderungen für Aufsicht, Rechtsprechung und Praxis im Lichte europäischer Rechtsetzung

Band 61
2017. XVIII, 331 Seiten.

ISBN 9783161548956
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161552144
eBook PDF 84,00 €

Das Finanztransfergeschäft des § 1 Abs. 2 Nr. 6 ZAG geht auf die europäische Zahlungsdiensterichtlinie zurück und fand 2009 Einzug in die deutsche Rechtsordnung. Der Tatbestand dient als Öffnungsnorm für die §§ 675c ff. BGB und ist außerordentlich weit angelegt. Er beschreibt die Übermittlung von Geldbeträgen in einem Dreipersonenverhältnis, ohne dass eine kontenmäßige Verbindung zwischen den Beteiligten besteht. Der Zahlungsdienst beruht typischerweise auf Bargeld, ist aber nicht darauf beschränkt, sodass das Finanztransfergeschäft unzählige moderne Online- und klassische Offline-Transaktionen erfasst. Christopher Danwerth untersucht den Anwendungsbereich der Norm, erläutert praktische Problemfelder und schafft ein Gerüst zum Umgang mit dem sperrigen Tatbestand in der Praxis. Der Autor schließt mit einem Formulierungsvorschlag, der die gewonnenen rechtlichen Erkenntnisse in eine neue und verständlichere Form gießt.

Held, Julia

Die Anfechtung unentgeltlicher Leistungen gem. § 134 InsO



Band 60
2017. XVIII, 549 Seiten.

ISBN 9783161549977
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161549984
eBook PDF 119,00 €

Die Anfechtung unentgeltlicher Leistungen hat in den letzten Jahren eine Renaissance erfahren. Grund dafür ist die von Rechtsprechung und Literatur praktizierte, 'weite' Auslegung des § 134 InsO, die jedoch vor allem in Drei-Personen-Verhältnissen zunehmend auf Kritik stößt. Umso überraschender ist, dass es bislang an einer grundlegenden monographischen Auseinandersetzung mit der Unentgeltlichkeitsanfechtung fehlt. Diese Lücke schließt Julia Held mit der vorliegenden Arbeit. Sie erforscht umfassend die historischen und teleologischen Grundlagen der Unentgeltlichkeitsanfechtung und entwickelt davon ausgehend ein einheitliches Modell zur Auslegung des § 134 InsO. Neben dem Merkmal der Unentgeltlichkeit steht dabei insbesondere auch der Leistungs begriff im Vordergrund, der die grundlegende Entscheidung darüber trifft, welche Zuwendungen der Einordnung in Entgeltlichkeit und Unentgeltlichkeit überhaupt zugänglich sind.

Fluck, Bernd

Fehlerhafte Vereinsbeschlüsse

Beschlussmängelfolgen und deren Geltendmachung

Band 59
2017. XV, 229 Seiten.

ISBN 9783161550621
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161550898
eBook PDF 64,00 €

Da die Behandlung fehlerhafter Beschlüsse von Vereinen keine gesetzliche Regelung erfährt, besteht eine erhebliche Rechtsunsicherheit. Bernd Fluck zeigt die aktuelle Rechtsprechung zum Beschlussmängelrecht der Vereine auf und stellt die verschiedenen Meinungsströme auf den Prüfstand. Anhand seiner deutlichen Kritik an der gegenwärtigen Praxis entwickelt er einen aus allgemeinen gesellschaftsrechtlichen Prinzipien abgeleiteten, dogmatisch schlüssigen Vorschlag zur Rechtsfolge fehlerhafter Vereinsbeschlüsse. Anschließend stellt er ein ausdifferenziertes und in sich kohärentes System für deren prozessuale Geltendmachung vor. Der Autor gelangt zu dem Ergebnis, dass nur ein Tätigwerden des Gesetzgebers die erwünschte Rechtssicherheit in das Beschlussmängelrecht der Vereine tragen kann. Daher präsentiert er einen komplexen Gesetzgebungsvorschlag zur Ergänzung des Vereinsrechts, der flankiert wird von rechtsvergleichenden Erwägungen zur Gesetzeslage in Österreich und in der Schweiz.

Starke, Max Fabian

EU-Grundrechte und Vertragsrecht

Band 58
2016. XVII, 445 Seiten.

ISBN 9783161549779
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161549786
eBook PDF 84,00 €

Die Wirkung der Grundrechte der Europäischen Union reicht bis in alltägliche vertragsrechtliche Fälle hinein. Vor dem EuGH hat sich das etwa bei allgemeinen Geschäftsbedingungen, dem Jahresurlaub oder Versicherungsprämien gezeigt. Solche konkreten Entscheidungen werfen sehr grundsätzliche Fragen auf. Wie kann diese europäische Konstitutionalisierung des Vertragsrechts dogmatisch strukturiert werden, welche Formen nimmt sie an, und wo liegen ihre Grenzen? Aus inhaltlicher Sicht fragt sich, in welche Richtung die EU-Grundrechte das Vertragsrecht substantiell verändern, insbesondere, was die Implikationen für die Privatautonomie und die Bedeutung privater Macht angeht. Um diesen Fragen nachzugehen, verknüpft Max Fabian Starke auf Grundlage einer detaillierten Analyse der EuGH-Rechtsprechung europäische und nationale Dogmatiken, Vertragstheorie und Grundrechtstheorie.

Plettenberg, Ina

Vater, Vater, Mutter, Kind – Ein Plädoyer für die rechtliche Mehrvaterschaft

Band 57
2016. XII, 152 Seiten.

ISBN 9783161548390
Leinen 74,00 €

ISBN 9783161548406
eBook PDF 74,00 €

Kinder haben nicht selten zwei Vaterfiguren: Einen rechtlichen und sozialen Vater einerseits und einen leiblichen, aber nicht rechtlichen Vater andererseits. Der Gesetzgeber hat im Anschluss an zwei Entscheidungen des EGMR dem leiblichen, nicht rechtlichen Vater ein Umgangs- und Auskunftsrecht eingeräumt (§ 1686a BGB). Diese Regelung ist jedoch inhaltlich unausgewogen und verfassungsrechtlich zumindest bedenklich, denn sie macht den leiblichen Vater gleichsam zu einem halben rechtlichen Vater, der nur Rechte, aber keine Pflichten hat. Ina Plettenberg plädiert deshalb für die Etablierung einer zweiten rechtlich vollwertigen Vaterschaft des leiblichen Vaters neben dem rechtlichen und sozialen Vater des Kindes. Erforderlich ist dabei stets, dass dies im Einzelfall mit dem Kindeswohl vereinbar ist. Eine solche doppelte rechtliche Vaterschaft ist von den verfassungsrechtlichen Vorgaben gedeckt und fügt sich einfachrechtlich komplikationslos in das geltende Familien- und Erbrecht ein, wie ein detaillierter Gesetzgebungsvorschlag der Verfasserin zeigt.

Becker, Udo

Insolvenzverwalterhaftung bei Unternehmensfortführung

Band 56
2016. XXIV, 311 Seiten.

ISBN 9783161547799
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161547805
eBook PDF 74,00 €

Die Organhaftung bei einerwerbenden Gesellschaft und der Haftung des Insolvenzverwalters bei Fortführung des insolvenzschuldnerischen Unternehmens weichen nach Rechtsprechung und herrschendem Schrifttum in wesentlichen Teilen voneinander ab. Dieser Befund muss überraschen, geht es doch in beiden Fällen der Sache nach um die treuhänderische Verwaltung einer fremden Vermögensmasse. Es stellt sich daher die Frage, wie es zu diesen Unterschieden gekommen ist und warum sie in der heutigen Literatur und Rechtsprechung kaum hinterfragt werden. Udo Becker zeigt auf, dass beide Haftungsregime weit mehr Gemeinsamkeiten haben als geahnt. Eine vergleichende Betrachtung mit der Organhaftung kann aus diesem Grund einen erheblichen Beitrag für die Auslegung der Insolvenzverwalterhaftung leisten. Die Arbeit wurde mit dem Dr.-Herbert-Stolzenberg-Preis 2016 und dem Promotionspreis der Juristischen Studiengesellschaft Gießen e.V. 2016 ausgezeichnet.



Bartlitz, David

Die Haftung des Kommanditisten auf der Grundlage kapitalgesellschaftsrechtlicher Prinzipien

Band 55
2016. XIII, 205 Seiten.

ISBN 9783161547539
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161548413
eBook PDF 69,00 €

Kaum eine Materie des HGB ist seit jeher so intensiv und kontrovers diskutiert worden wie das Recht der Kommanditistenhaftung, stellt doch die Existenz einer betragsmäßig beschränkten Gesellschafterhaftung eine begründungsbedürftige Besonderheit innerhalb des ansonsten von unbeschränkter Gesellschafterhaftung geprägten Personengesellschaftsrechts dar.

Vor diesem Hintergrund untersucht David Bartlitz den komplexen Regelungszusammenhang der §§ 171, 172 HGB und unternimmt den Versuch einer grundsätzlichen Neukonzeption des Rechts der Kommanditistenhaftung. Dabei folgt er dem Grundgedanken, dass ein angemessener Ausgleich der Interessen des Kommanditisten auf der einen Seite und der Interessen der Gesellschaftsgläubiger auf der anderen Seite gerade dann erzielt werden kann, wenn man auf Wertungen des Kapitalgesellschaftsrechts rekurriert und diese zur inhaltlichen Bestimmung oder Ergänzung der dem HGB entstammenden Haftungsvorschriften heranzieht.

Für die vorliegende Arbeit wurde David Bartlitz mit dem Kulturpreis Bayern 2016 ausgezeichnet.

Zurth, Patrick

Rechtsgeschäftliche und gesetzliche Nutzungsrechte im Urheberrecht

Eine dogmatische Analyse der Rechtsnatur und der vertraglichen Gestaltungsmöglichkeiten

Band 54
2016. XXIX, 383 Seiten.

ISBN 9783161546495
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161546501
eBook PDF 94,00 €

Patrick Zurth versucht, ein dogmatisches Fundament für die Verwertung und Nutzung urheberrechtlicher Werke zu errichten und das Urheberrecht als besonderes Privatrecht in die Dogmatik des allgemeinen Zivilrechts einzugliedern, um so eine kohärente und konsistente Rechtsordnung aufzuzeigen. Aus der bestehenden gesetzlichen Substanz soll eine Dogmatik entwickelt werden, die auf diese Weise die bestehenden gesetzlichen Lücken schließt und ein in sich geschlossenes System aufzeigt. Der Autor entwirft dabei nicht nur ein neues Verständnis der Lizenz (§ 31 UrhG) sondern auch der Schranken (§§ 44a ff. UrhG). Dies sind die beiden zentralen Rechtsinstrumente zur Nutzung urheberrechtlicher Werke. Er analysiert, inwiefern aus dieser Verwandtschaft der beiden Rechtsinstitute dogmatische Gemeinsamkeiten folgen und welche Unterschiede festzustellen sind.

Klose, Martin

Das Eigentum als nudum ius im Bürgerlichen Recht

Kritische Würdigung eines juristischen Fabelwesens

Band 53
2016. XIII, 230 Seiten.

ISBN 9783161546228
Leinen 79,00 €

ISBN 9783161548499
eBook PDF 79,00 €

Der Eigentümer einer Sache kann grundsätzlich nach Belieben mit ihr verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen. In einigen Konstellationen des Bürgerlichen Rechts wird diese Rechtsmacht jedoch massiv beschränkt. Exemplarisch sind die Verjährung der Vindikation und die unbestellte Warenlieferung zu nennen. Martin Klose geht zum einen der Frage nach, was dem Eigentümer in einem solchen Fall von seinem Recht verbleibt, um hieraus allgemeine Lehren für die Struktur des Sacheigentums abzuleiten. Zum anderen untersucht er, inwieweit die Beschränkungen des Eigentums jeweils verfassungsrechtlich legitim sind.

Zenger, Ralph

Die Insolvenzanfechtung aus zivilrechtlicher Perspektive

Band 52
2016. XIX, 292 Seiten.

ISBN 9783161546761
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161546778
eBook PDF 94,00 €

Die Rechtsnatur der Insolvenzanfechtung und die sich daraus ergebenden Rechtsfolgen sind seit jeher umstritten. In Abkehr zu den üblichen Deutungsversuchen führt Ralph Zenger die Insolvenzanfechtung auf zivilrechtliche Prinzipien zurück, indem er vielfältige Vergleiche mit bekannten zivilrechtlichen Rechtsinstituten anstellt und dabei erstaunliche Parallelen offenlegt. Durch eine Rückbesinnung auf das allgemeine Zivilrecht entwickelt er eine stringente und nachvollziehbare Dogmatik der Insolvenzanfechtung. Zugleich zeigt Ralph Zenger, dass eine Anbindung an das Zivilrecht interessengerechte und rechtssichere Lösungen anfechtungsrechtlicher Problemkreise ermöglicht, insbesondere in den praktisch relevanten sogenannten Kollisionsfällen, in denen das Anfechtungsrecht des Insolvenzverwalters mit Rechten von Gläubigern des Anfechtungsgegners zu konkurrieren hat.



Mittelstädt, Morten

Die Auslegung empfangsbedürftiger Willenserklärungen

Eine Kritik des herrschenden Methodendualismus

Band 51
2016. XXVII, 409 Seiten.

ISBN 9783161546433
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161546440
eBook PDF 99,00 €

Nach heute allgemein anerkannter Lesart der §§ 133, 157 BGB gibt es zwei verschiedene Methoden der Auslegung empfangsbedürftiger Willenserklärungen, unter denen eine den Vorrang genießt: Gehen Erklärender und Empfänger innerlich bei Vornahme des Rechtsgeschäfts vom selben Erklärungssinn aus, soll dieser maßgeblich sein, selbst wenn die nachrangige normative Auslegung anhand des objektiven Empfängerhorizonts zu einem anderen Ergebnis gelangen würde (*falsa demonstratio non nocet*). Morten Mittelstädt weist nach, dass diese dualistische Lehre mit einer Kernaufgabe der Rechtsgeschäftslehre, dem Schutz berechtigten Vertrauens, unvereinbar ist. Zum Schutz des Orientierungsinteresses der Beteiligten vertritt er das Gegenmodell einer streng normativen Auslegung nach dem objektiven Empfängerhorizont und behandelt dessen Folgefragen. Er schließt mit einem Ausblick auf Parallelfragen in internationalen Regelwerken.

Moussa, Awaalom Daniel

Das Dogma vom formgerechten Zugang

Zugleich ein Plädoyer für die Trennung von Fragen des Zustandekommens und der Wirksamkeit eines Rechtsgeschäfts

Band 50
2016. XIX, 308 Seiten.

ISBN 9783161539992
fadengeheftete Broschur 69,00 €

»Eine empfangsbedürftige Willenserklärung, für die durch Gesetz eine Form vorgeschrieben ist, wird gemäß § 130 Abs. 1 Satz 1 BGB nur wirksam, wenn sie ihrem Erklärungsempfänger formgerecht zugeht.« So lautet das von der herrschenden Meinung seit langem gepriesene Dogma vom formgerechten Zugang. A. Daniel Moussa unterzieht es einer kritischen Analyse. Er vermisst tragfähige Begründungen und eine stimmige Dogmatik. Deshalb entwickelt er einen alternativen Lösungsansatz auf der Basis eines Modells, das strikt zwischen Fragen des Zustandekommens und der Wirksamkeit von Rechtsgeschäften unterscheidet. Dabei zeigt sich, wie mittels einer sauberen Dogmatik der Rechtsgeschäftslehre scheinbar schwierige Rechtsfragen, die zahlreiche widersprüchliche Entscheidungen nach sich gezogen haben, strukturiert und mit einem geringen Begründungsaufwand gelöst werden können.

Leszczenski, Anna

Rückforderung schwiegereltherlicher Zuwendungen

Zugleich ein Beitrag zur dogmatischen Einordnung und Fortentwicklung des familienrechtlichen Vertrages sui generis

Band 49
2016. XIV, 176 Seiten.

ISBN 9783161540394
Leinen 69,00 €

Wenn Eltern ihre verheirateten Kinder unterstützen, wenden sie oftmals auch ihrem Schwiegerkind Vermögenswerte zu. Wird die Ehe zwischen Kind und Schwiegerkind später geschieden, kann sich die Frage stellen, ob die Schwiegereltern ihre Zuwendungen wieder zurückverlangen können. Anna Leszczenski nimmt diese Frage zum Anlass, eine dogmatische Einordnung und Fortentwicklung des *familienrechtlichen Vertrages sui generis* vorzunehmen. Auf dieser Grundlage erarbeitet die Verfasserin dann eine konsistente und einheitliche Lösung für den gesamten Themenbereich des Ausgleichs innerfamiliärer Zuwendungen und Arbeitsleistungen und plädiert für eine *lex ferenda*, welche die bestehende Rechtsprechung präzisiert und festschreibt.

Olshausen, Ralph von

Die SEPA-Lastschrift: Erfüllung – Aufrechnung – Insolvenz

Band 48
2015. XVII, 380 Seiten.

ISBN 9783161539244
Leinen 104,00 €

Lastschriftzahlungen haben mit dem einheitlichen Europäischen Zahlungsverkehrsraum SEPA ihre überragende wirtschaftliche Bedeutung weiter ausgebaut und zugleich neue rechtliche Grundlagen erhalten. Doch Rückbuchungsmöglichkeiten werfen seit jeher Fragen im Hinblick auf Erfüllungswirkung, Insolvenzfestigkeit und Aufrechnungsmöglichkeiten auf.

Ralph von Olshausen führt bisweilen handbuchartig durch das komplexe Vier-Personen-Verhältnis der neuen SEPA-Lastschriftverfahren in und außerhalb der Insolvenz. Dabei geht er dogmatisch der Rechtsnatur des neuen Erstattungsanspruchs und seiner Massezugehörigkeit in der Insolvenz auf den Grund, untersucht die Aufrechenbarkeit von Lastschriftforderungen je nach Zahlungsstadium und arbeitet die Voraussetzungen der Erfüllungswirkung und ihren Zusammenhang mit der Insolvenzfestigkeit heraus. Die neue BGH-Rechtsprechung zur auflösend bedingten Erfüllung und zur Neuordnung der insolvenzrechtlichen Zuständigkeiten wird eingehend auf dogmatische Konsistenz und Praxistauglichkeit untersucht.

Der Autor wurde für diese Arbeit von der Universität Bonn mit dem 'Telekom-Preis' für die beste zivilrechtliche Dissertation 2015 ausgezeichnet.



Bartels, Florian

Insolvenzanfechtung und Leistungen Dritter

Band 47
2015. XXIII, 816 Seiten.

ISBN 9783161537196
Leinen 119,00 €

Leistungen Dritter prägen das Wirtschaftsleben: Händler bitten Hersteller, an Abnehmer auszuliefern, Gesellschaften erfüllen oder besichern Verbindlichkeiten konzernverbundener Unternehmen, Banken kommen Zahlungsaufträgen ihrer Kontoinhaber nach. Diese alltägliche Vielgestaltigkeit macht sie für das Insolvenzanfechtungsrecht bedeutsam, Leistungen Dritter bilden gar den Prüfstein seiner Dogmatik. Florian Bartels systematisiert ihre Formen und trennt dabei in die drei Verhältnisse zwischen Forderungsschuldner, -gläubiger und Leistendem. Die Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Anfechtung richtet er an dieser Struktur aus. So können sich in der Insolvenz des Dritten Schuldner und Gläubiger oder in der des Schuldners Dritter und Gläubiger der Anfechtung ausgesetzt sehen. Es gilt, dieses Beziehungsgeflecht zu entwirren, etwa um in der Insolvenz von Dritten und Schuldner nicht den Gläubiger 'doppelt', sondern den 'richtigen' Anfechtungsgegner in Anspruch zu nehmen.

Schirmer, Jan-Erik

Das Körperschaftsdelikt

Band 46
2015. XV, 270 Seiten.

ISBN 9783161538957
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161556876
eBook PDF 84,00 €

Nach üblicher Lesart tritt die auf § 31 BGB gestützte Deliktshaftung juristischer Personen in zwei Spielarten auf: Begeht der Organwahrer das Delikt eigenhändig, haftet die Körperschaft im Wege des Schuldbeitritts. Wird dagegen eine Verkehrspflicht verletzt, setzt die Verantwortlichkeit direkt bei der Rechtsperson an. Dem stellt sich Jan-Erik Schirmer entschieden entgegen. Er weist nach, wie die herrschende Doktrin zwar den Fortschritt predigt, sich dabei aber auf überkommene Autoritäten stützt und noch immer mit einem Bein im 19. Jahrhundert verharrt. Alternativ entwickelt der Autor im Spannungsfeld von Delikts- und Gesellschaftsrecht das Modell eines einheitlichen Körperschaftsdelikts: § 31 BGB konzentriert die Haftung auf die juristische Person, das Organ haftet nur in Sonderfällen.

Diese Arbeit wurde mit dem Promotionspreis 2015 des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin ausgezeichnet.

Mackenrodt, Mark-Oliver

Technologie statt Vertrag?

Sachmangelbegriff, negative Beschaffenheitsvereinbarungen und AGB beim Kauf digitaler Güter

Band 45
2015. XXI, 302 Seiten.

ISBN 9783161533914
Leinen 89,00 €

Verwendungsbeschränkungen bezüglich einer Kaufsache können entweder im Wege einer schuldrechtlichen Abrede oder technologisch implementiert werden, indem etwa bei digitalen Gütern technische Schutzmaßnahmen des Urheberrechts verwendet werden. Bei übermäßigen schuldrechtlichen Beschränkungen erfolgt ein Schutz des Käufers etwa durch zwingendes Recht oder durch die AGB-Kontrolle. Damit ergibt sich die Forschungsfrage, ob bei der technologischen Implementierung von Verwendungsbeschränkungen – also bei der Verwendung einer Technologie statt eines Vertrages – die Rechtsordnung gleichwertige Schutzmechanismen zur Verfügung stellt – etwa in Gestalt der kaufrechtlichen Sachmangelhaftung – oder ob dem Verkäufer eine »Flucht aus der AGB-Kontrolle« möglich ist. Mark-Oliver Mackenrodt konzipiert unter Rückgriff auf grundlegende dogmatische und ökonomische Erkenntnisse ein Modell, das einen stärkeren Gleichlauf bei der Bewertung von Nutzungsbeschränkungen unabhängig davon ermöglicht, ob sie vertraglich oder technologisch implementiert worden sind. Er entwickelt dabei einen eigenständigen normativen Sachmangelbegriff, der bei neuartigen technologischen Produkten größere Rechtssicherheit ermöglicht.

Conow, Andreas

Vertragsbindung als Freiheitsvoraussetzung

Grundlagen privater Vertragshaftung und Anwendung auf das Gesellschafterdarlehensrecht sowie die Kapitalausstattungspflicht in der GmbH

Band 44
2015. XXXI, 306 Seiten.

ISBN 9783161530654
Leinen 94,00 €

Die Verfassung umreißt ein klares Leitbild positiver Freiheit im Sinne individueller Gestaltungsmacht, deren Voraussetzungen der Staat zu schaffen bzw. zu sichern hat. Ein wichtiges Mittel privater Freiheitsausübung ist der Vertrag, der nur dann individuelle Gestaltungsmacht gewährt, wenn er die Parteien an ihre Leistungsversprechen bindet. Das Haftungsprivileg der Kapitalgesellschaftler verkürzt das für die Gesellschaftsgläubiger verfügbare Haftungsvermögen und somit ihre vertragliche Gestaltungsmacht. Andreas Conow zeigt, dass die zugrunde liegenden wirtschaftstheoretischen Überlegungen individuelle Freiheit nicht fördern und das entsprechende wirtschaftstheoretische Menschenbild mit dem unserer Verfassung nicht vereinbar ist. Als Lösung plädiert der Autor für eine angemessene Kapitalausstattung der Kapitalgesellschaft, als Schritt in diese Richtung rechtfertigt er den insolvenzrechtlichen Nachrang von Gesellschafterdarlehen.

Brand, Marco

Der Organbesitz

Band 43
2015. XV, 245 Seiten.

ISBN 9783161536717
Leinen 79,00 €

Hinter dem schillernden Begriff »Organbesitz« verbirgt sich die Frage, ob und wie man Verbänden des Privatrechts Besitz zurechnen kann. Diese Thematik ist nicht nur unter dogmatischen Vorzeichen reizvoll, sondern hat enorme praktische Relevanz. Denn Besitzfragen sind unter anderem bedeutsam für den Eigentumserwerb an beweglichen Sachen, für den possessorischen Besitzschutz, aber auch für die Zwangsvollstreckung in bewegliche Sachen. Könnten Verbände nicht besitzen, wären sie in weiten Teilen vom Geschäftsverkehr ausgeschlossen. Marco Brand unternimmt den Versuch, unter besonderer Berücksichtigung des Zivil-, Gesellschafts- und Prozessrechts, allgemeine Prinzipien für die Zurechnung von Besitz sowohl an juristische Personen als auch an rechtsfähige Personengesellschaften zu entwickeln.

Korch, Stefan

Haftung und Verhalten

Eine ökonomische Untersuchung des Haftungsrechts unter Berücksichtigung begrenzter Rationalität und komplexer Präferenzen

Band 42
2015. XIV, 293 Seiten.

ISBN 9783161535024
Leinen 99,00 €

Ökonomische Modelle zur Untersuchung des Rechts beruhen lange weitestgehend unreflektiert auf der *homo oeconomicus* -Annahme. Verhaltenswissenschaftliche Untersuchungen zeigen jedoch, dass Menschen ihre Entscheidungen systematisch anders treffen als der *homo oeconomicus*. Sie sind insbesondere lediglich begrenzt rational und haben komplexe Präferenzen. Da rechtliche Regelungen in einem konkreten sozialen Kontext wirken, dürfen diese Erkenntnisse nicht unberücksichtigt bleiben. Stefan Korch stellt wesentliche systematische Abweichungen von der Rationalverhaltensannahme vor und erörtert, welche Auswirkungen die Auflösung der Annahme auf die ökonomische Theorie des Rechts hat (Behavioral Law and Economics). Als Untersuchungsgegenstand dient dabei das Haftungsrecht, weil sich menschliche Verhaltensweisen wie unrealistischer Optimismus und Selbstüberschätzung sowie komplexe Präferenzen darauf besonders auswirken.

Die Arbeit wurde mit dem 'Rödl-Promotionspreis 2015' der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie dem 'Förderpreis der Schmitz-Nüchterlein-Stiftung 2015' ausgezeichnet.

Jahn, Christian H.

Der Bereicherungsausgleich im Mehrpersonenverhältnis

- dargestellt anhand der Rückabwicklung von Werk- und Dienstleistungen

Band 41
2014. XII, 248 Seiten.

ISBN 9783161535550
Leinen 89,00 €

Der Bereicherungsausgleich von Sach- und Geldleistungen in Mehrpersonenverhältnissen ist seit Jahrzehnten Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung. Bislang weitgehend unbeachtet geblieben ist demgegenüber die Frage nach der Rückabwicklung von Werk- und Dienstleistungen unter Einschaltung Dritter. Ausgehend von den Vorgaben des Gesetzes und unter eingehender Untersuchung verschiedener Fallkonstellationen zeichnet Christian Hendrik Jahn entgegen der heute in Rechtsprechung und Literatur immer verbreiteteren Wertungsjurisprudenz einen normgebundenen Lösungsweg nicht nur für die Rückabwicklung von Realakten, sondern von Leistungen in Mehrpersonenverhältnissen allgemein. Fallentscheidend ist danach die Zurechnung der Leistungen zum Vermögen der beteiligten Personen, das im Anschluss an *v. Savigny* neben der eigenen Arbeitskraft auch die Macht umfasst, über fremde Arbeitskraft zu disponieren.

Korves, Robert

Eigentumsunfähige Sachen?

Band 40
2014. XI, 167 Seiten.

ISBN 9783161536632
Leinen 79,00 €

Die Eigentumsordnung einer jeden Privatrechtsgesellschaft ist Ausdruck ihres Freiheitsverständnisses, ihr Zentralbegriff der privatrechtliche Eigentumsbegriff. Das übergeordnete Ziel der Arbeit ist, die Reichweite dieser Ordnung über das Zivilrecht hinaus auszuloten. Dazu nähert sich Robert Korves in einem allgemeinen Teil dem privatrechtlichen Eigentumsbegriff von seiner Kehrseite – der Eigentumsunfähigkeit – und geht im Kern den Fragen nach, unter welchen Voraussetzungen Sachen als eigentumsunfähig gelten und welche Folgen dies für die Rechtsanwendung hat. Mit den dabei gewonnenen Erkenntnissen führt der Autor im besonderen Teil der Arbeit in drei Grenzgebiete privatrechtlicher Sachherrschaft: in das Recht der öffentlichen Sachen, des toten Körpers und der verbotenen Sachen. Dort steht jeweils die Leistungsfähigkeit der privatrechtlichen Eigentumsordnung zur Diskussion.

Riewert, Ina

Die Rückabwicklung erbrachter Leistungen bei der Kumulation von Rücktritt und Schadensersatz nach § 325 BGB

Band 39
2014. XXIII, 454 Seiten.

ISBN 9783161534614
Leinen 124,00 €

Die Einführung des § 325 BGB durch die Schuldrechtsmodernisierung hat zahlreiche Fragen aufgeworfen, die bisher nur unzureichend geklärt sind. In der Problematik, wie die von den Parteien im Rahmen der Vertragsdurchführung bereits erbrachten Leistungen rückabzuwickeln sind, wenn der Gläubiger sowohl zurücktritt als auch Schadensersatz statt der Leistung geltend macht, spiegelt sich das Verhältnis von Rücktritt und Schadensersatz wider. Ina Riewert analysiert die Konsequenzen, die aus der Berechtigung des Gläubigers zur gleichzeitigen Geltendmachung seiner Rechtsbehelfe resultieren. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass das Rücktritts- und das Schadensersatzrecht in einer Kumulationssituation zusammenarbeiten. Die Rückabwicklung erbrachter Leistungen richtet sich im Wege eines zweistufigen Vorgehens gleichermaßen nach den Vorschriften des Rücktrittsrechts und den Grundsätzen des Schadensersatzrechts.



Koch, Anncathrin

Die Kollision von gesellschaftsvertraglicher Abfindungsbeschränkung und Pflichtteilslast in der Person des Gesellschafter-Erben

Band 38
2014. XXII, 312 Seiten.

ISBN 9783161533679
Leinen 94,00 €

Zwischen Personengesellschafts- und Erbrecht besteht ein Spannungsverhältnis. Unterschiedliche Prinzipien und Wertungen treffen aufeinander, wenn im Fall des Todes eines Gesellschafters dessen Mitgliedschaft aufgrund einer qualifizierten Nachfolgeklausel auf einen Erben übergeht. Pflichtteilsansprüche enterbter Angehöriger bestimmen sich auch nach dem Wert des Gesellschaftsanteils. Sieht der Gesellschaftsvertrag eine den Erben bindende Abfindungsbeschränkung vor, entsteht ein Interessenkonflikt. Die Frage, ob als Bemessungsgrundlage für die Höhe der Pflichtteilsansprüche auf den in dem vererbten Gesellschaftsanteil tatsächlich verkörperten Wert oder die niedrigere vertragliche Abfindungsvereinbarung abzustellen ist, wurde bisher nicht höchstrichterlich entschieden. Anncathrin Koch erörtert diese Frage im Rahmen einer Gesamtschau der gegenläufigen Wertungen des Erb- und des Gesellschaftsrechts und entwickelt Kriterien, ob und inwieweit diese dabei miteinander vereinbart werden können.

Götz, Andreas

Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Zivilverfahren

Band 37
2014. LII, 651 Seiten.

ISBN 9783161532177
Leinen 139,00 €

Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen ist nicht nur für das einzelne Unternehmen mit Blick auf seine Wettbewerbsposition zentral, sondern auch für den Erhalt von Wettbewerb schlechthin. Das deutsche Zivilverfahrensrecht bietet diesen Schutz kaum. Im Gegenteil: Der Gesetzgeber, die Rechtsprechung und die Wissenschaft formten seit Inkrafttreten der ZPO ein weitreichendes System der zivilprozessualen Informationsbeschaffung und bauen dieses bis heute beständig aus. Diese Rechtslage ebnet den Weg zu gleichsam legaler Industriespionage. Ausgehend von diesem Befund stellt Andreas Götz dem System der prozessualen Informationsbeschaffung ein System des prozessualen Geheimnisschutzes an die Seite. Er behandelt hierbei neben dem Erkenntnisverfahren in seinen verschiedenen Ausprägungen die praktisch bedeutsame vorprozessuale Informationsbeschaffung sowie das Vollstreckungsverfahren.

Schollmeyer, Mario

Selbstverantwortung und Geschäftsgrundlage

Zurechnung und Haftung bei Geschäftsgrundlagenstörungen gemäß § 313 BGB

Band 36
2014. XXII, 491 Seiten.

ISBN 9783161531040
Leinen 124,00 €

Die Geschäftsgrundlagenlehre betrifft eine der 'ewigen Fragen' des Privatrechts – die Grenze des gegebenen Worts. Diese Frage ist nach § 313 BGB unter Bezugnahme auf die vertragliche und gesetzliche Risikoverteilung zu beantworten, erfordert also die Erforschung von Vorwerfbarkeit, Entstehenmüssen, Zurechnung. Unter diesem Blickwinkel entwickelt Mario Schollmeyer eine neue Nuance der Lehre der Geschäftsgrundlage. Entsprechend der Grundstruktur des deutschen Vertragsrechts, das an den Fortfall der Primärpflicht eine Schadensersatzpflicht knüpft, ist nach dem Verfasser als Rechtsfolge der beachtlichen Geschäftsgrundlagenstörung eine Haftung der entlasteten Partei in Betracht zu ziehen. Der Wortlaut des § 313 BGB sieht eine solche Haftung nicht vor. Die Geschäftsgrundlagenlehre wird daher im Wege der Rechtsfortbildung je nach Fallgestaltung um Haftungsvorschriften des Irrtumsrechts (§ 122 BGB) oder des Leistungsstörungenrechts (§§ 283, 284, 311a Abs. 2 BGB) ergänzt.

Preisner, Mareike

Das gesetzliche mittreuhänderische Schuldverhältnis kraft gemeinsamer Elternschaft

Ein Beitrag zur gegenwärtigen Dogmatik des Familienrechts

Band 35
2014. XXII, 340 Seiten.

ISBN 9783161528675
Leinen 94,00 €

Mareike Preisner zeigt, dass zwischen zwei Elternteilen – unabhängig von einer rechtlich flankierten oder faktischen Partnerschaft – allein kraft gemeinsamer Elternschaft ein gesetzliches mittreuhänderisches Schuldverhältnis besteht. Sie legt ein tragfähiges Gesamtkonzept vor, das zum einen ein tieferes Verständnis des geltenden Rechts erlaubt, vor allem aber im Sinne der Beteiligten sachgerechte Lösungen ermöglicht. Auf Grundlage ihrer am Eltern-Eltern-Verhältnis exemplarisch erarbeiteten Lösung lässt sich zugleich eine Neukonzeption der Familienrechtsdogmatik insgesamt unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Vorgaben gewinnen. Diese ermöglicht sowohl den Schulterschluss zwischen Familienrecht und allgemeiner Zivilrechtsdogmatik wieder herzustellen als auch, den gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Wagner, Christof

Die »registrierte« Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Band 34
2014. XVIII, 214 Seiten.

ISBN 9783161531484
Leinen 79,00 €

Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts ist, anders als die offene Handelsgesellschaft, nicht allgemein registriert. Dennoch bestehen mit dem Grundstücksrecht und dem Gesellschaftsrecht Teilbereiche, in denen die GbR 'indirekt' registriert wird. Insbesondere um die neu geschaffenen § 899a BGB und § 47 II GBO herrscht in Literatur, Praxis und Rechtsprechung Uneinigkeit über den durch diese Normen erreichten Schutz des Rechtsverkehrs. Christof Wagner beleuchtet den Schutz des Rechtsverkehrs durch die indirekte Registrierung der GbR auch im Zusammenspiel mit anderen Instituten des Zivilrechts wie der fehlerhaften Gesellschaft, der Auslegungsregel des unternehmensbezogenen Geschäfts sowie Rechtscheintatbeständen. Das so erreichte Schutzniveau ist mit dem der offenen Handelsgesellschaft vergleichbar, mithin ist die Sicherheit im Rechtsverkehr auch mit der nicht allgemein registrierten GbR gewährleistet.

Lippstreu, Constanze

Wege der Rechtsangleichung im Vertragsrecht

Vollharmonisierung, Mindestharmonisierung, optionales Instrument

Band 33
2014. XXIV, 377 Seiten.

ISBN 9783161531316
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Die seit mehreren Jahrzehnten andauernden Bestrebungen der Europäischen Union, das Vertragsrecht unionsweit anzugleichen, bieten Anlass, die Eignung verschiedener Harmonisierungskonzepte zu untersuchen. Constanze Lippstreu befasst sich zunächst mit den primärrechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Vertragsrechtsangleichung, um anschließend die legislativen Umsetzungsspielräume der mitgliedstaatlichen Gesetzgeber und die judikative Aufgabenverteilung zwischen EuGH und nationalen Gerichten nach dem Erlass voll- oder mindestharmonisierender Richtlinien zu beleuchten. Schließlich präsentiert die Verfasserin ein einzelnormgenaues Konzept der differenzierten Harmonisierung und stellt diese weiteren Rechtsangleichungsstrategien, insbesondere der Einführung eines optionalen Instruments, gegenüber.

Lehnen, Christof

Vom Grundsatz der komplementäregleichen Kommanditistenhaftung

Ein Beitrag zur Enträtselung des § 176 HGB

Band 32
2013. XXXI, 375 Seiten.

ISBN 9783161528774
Leinen 99,00 €

Das Haftungsrecht der Kommanditgesellschaft gilt als kompliziert und unausgewogen. Speziell die unbeschränkte Kommanditistenhaftung (§ 176 HGB) sieht sich seit über 150 Jahren fundamentaler Kritik ausgesetzt. Nachdem im Recht der GbR rechtsfortbildend die Akzessorietätstheorie anerkannt wurde, hat sich – zunächst unbemerkt – die Normsituation des § 176 HGB vollkommen gewandelt. Infolgedessen zeigen sich sukzessive weitere gravierende Systembrüche und schlechterdings unerträgliche Wertungswidersprüche. Christof Lehnen untersucht den vielschichtigen Problemkomplex erstmals in seiner vollen Breite. Eine eingehende Auswertung der Gesetzgebungsgeschichte legt dabei ein längst vergessenes Strukturprinzip offen, das es erlaubt, das Haftungsrecht der Kommanditgesellschaft auch im Verhältnis zum heutigen Haftungsrecht der GbR einfach und stimmig zu beschreiben, nämlich den *Grundsatz der komplementäregleichen Kommanditistenhaftung*.

Schramm, Henrik

Ungewisse und diffuse Diskriminierung

Gründe privater Willenserklärungen vor den Diskriminierungsverboten des AGG

Band 31
2013. XIV, 404 Seiten.

ISBN 9783161520761
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Auswahlentscheidungen gehen nicht ohne Ungleichbehandlung einher. Aber unter welchen Umständen ist es verbotene Diskriminierung, wenn etwa ein Bewerber um einen Miet- oder Arbeitsvertrag kein Angebot erhält? Henrik Schramm spürt der in Rechtsprechung und Literatur zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verbreiteten Unsicherheit über subjektive und objektive Komponenten des Diskriminierungsunrechts nach. Dabei wird deutlich, dass die unmittelbare Diskriminierung zwar nicht nur verwerfliche Motive erfasst, sondern jedwedes Anknüpfen an ein geschütztes Merkmal und die mittelbare Diskriminierung unverhältnismäßig nachteilige Auswirkungen neutraler Kriterien. Aber das heißt im Privatrechtsverkehr nichts anderes als aus verbotenen Gründen entscheiden oder anhand unakzeptabler Kriterien. Wird private Diskriminierung auf handlungstheoretisch-analytischer Grundlage schärfer konturiert, kommt Licht in ein Dickicht von Streitfragen – über die begriffliche Rekonstruktion der Tatbestände bis hin etwa zur EuGH-Rechtsprechung zur Schwangerschafts- als Geschlechtsdiskriminierung, die sich als weniger systemlos und schwankend erweist als oft angenommen. Das Problem aber, dass für die Außenwelt oft ungewiss und manchmal auch für den Verbotsadressaten selbst diffus bleibt, ob diskriminierende Gründe im Spiel sind, erfordert eine Beweiserleichterung. Richtig verstanden setzt diese nur beim Beweismaß an und verändert die Beweislast nicht.

Ehlgen, Christopher Bolko

Probabilistische Proportionalhaftung und Haftung für den Verlust von Chancen



Band 30
2013. XXV, 443 Seiten.
ISBN 9783161523182
Leinen 119,00 €

Im Schadensersatzrecht gilt gemeinhin das Alles-oder-Nichts-Prinzip, das für nachweislich verursachte Schäden vollständigen Ausgleich, für nicht verursachte Schäden hingegen keinerlei Ersatz vorsieht. Der Nachweis des Kausalzusammenhangs bereitet in der Praxis jedoch mitunter erhebliche Schwierigkeiten. Christopher Bolko Ehlgren untersucht für die Bereiche Arzt- und Anwaltshaftung zwei alternative Haftungskonzepte: Probabilistische Proportionalhaftung und Haftung für den Verlust von Chancen. Diese sehen bereits bei nur möglicher Verursachung eine anteilige Ersatzpflicht des potentiellen Schädigers vor, deren Umfang sich proportional nach der Wahrscheinlichkeit der Schadensverursachung bemisst. Der Autor legt dar, dass sich beide Ansätze kaum mit dem geltenden Recht vereinbaren lassen, und geht unter Einbeziehung ökonomischer und rechtsvergleichender Erwägungen der Frage nach, ob eine anteilige Haftung de lege ferenda ein vorzugswürdiges Haftungsmodell darstellt.

Beckhaus, Gesa Kim

Die Rechtsnatur der Erfüllung

Eine kritische Betrachtung der Erfüllungstheorien unter besonderer Berücksichtigung der Schuldrechtsmodernisierung

Band 29
2013. XX, 421 Seiten.
ISBN 9783161519697
Leinen 94,00 €

Bei der Erfüllung handelt es sich um einen zentralen Tatbestand des Schuldrechts, doch ihre Rechtsnatur ist seit jeher umstritten. Gesa Kim Beckhaus verdeutlicht, dass praktische Problemfälle der Erfüllung, etwa im Minderjährigenrecht, bei Unterlassungen, Dauerschuldverhältnissen, Leistungen in Mehrpersonenverhältnissen oder der Lieferung eines melius, nur bei Zugrundelegung einer einseitig subjektiven Rechtsnatur der Erfüllung dogmatisch widerspruchsfrei zu handhaben sind. Zugleich befürwortet die Autorin eine Qualifizierung der Tilgungsbestimmung als empfangsbedürftige Willenserklärung. Außerdem zeigt sie den Einklang der von ihr entwickelten Theorie des einseitigen Erfüllungsgeschäfts mit dem bereicherungsrechtlichen Leistungsbegriff und Kriterien wie der Vertragstreue, Verkehrsschutzinteressen und der Privatautonomie des Schuldners auf.

Zwanzger, Michael

Der mehrseitige Vertrag

Grundstrukturen, Vertragsschluss, Leistungsstörungen

Band 28
2013. XX, 464 Seiten.
ISBN 9783161523434
Leinen 114,00 €

Mehrseitige Verträge sind ein Stiefkind des deutschen Zivilrechts. Obwohl ihre Zulässigkeit außer Streit steht und sie in der Praxis in ganz verschiedenen Situationen zum Einsatz kommen, konzentrieren sich die gesetzlichen Regelungen fast durchweg auf zweiseitige bzw. bipolare Vertragsgestaltungen. Diese Regelungen werden der Komplexität mehrseitiger Vertragsgestaltungen nicht gerecht und stoßen bereits bei einfachen Sachverhalten an ihre Grenzen. Michael Zwanzger analysiert die Grundstrukturen mehrseitiger Vertragsgestaltungen und geht der Frage nach, wie man die auf zweiseitige Verträge zugeschnittenen Regelungen des BGB systemkonform auf mehrseitige Verträge anwenden kann. Im Zentrum der Untersuchung stehen dabei der Vertragsschluss und das Leistungsstörungenrecht des Allgemeinen und Besonderen Schuldrechts. Daneben untersucht der Autor auch die Abgrenzung des »normalen« mehrseitigen Vertrages vom Sonderfall des mehrseitigen Gesellschaftsvertrags. Die Arbeit wurde mit dem Helmut-Schippel-Preis 2012 der Deutschen Notarrechtlichen Vereinigung ausgezeichnet.

Becker, Maximilian

Absurde Verträge

Band 27
2013. XVIII, 354 Seiten.
ISBN 9783161523144
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Absurde Verträge sind Verträge über offensichtlich unmögliche Leistungen. Sie zeichnen sich durch ein gewisses Maß an Lächerlichkeit sowie die Nutzlosigkeit der Leistungshandlung für den erhofften Leistungserfolg aus. Betroffen sind neben esoterischen und übersinnlichen Leistungen vor allem Heilbehandlungen, die Erkenntnissen der Medizin offenkundig widersprechen. Ungewöhnliche Leistungsversprechen wie die Aktivierung positiver Energien oder wissenschaftlich nicht nachweisbare Wirkstoffe erfordern eine neuartige, tiefgehende Abmessung der Reichweite und Anwendbarkeit des § 275 Abs. 1 BGB unter Einbeziehung der Wissenschaftstheorie. Über die Rechtswissenschaft hinaus reicht die gesellschaftliche Frage, welche Toleranz Leistungsangebote genießen sollten, die auf eigenwilligen Weltanschauungen beruhen und teilweise direkt mit wissenschaftlichen Erkenntnissen kollidieren. Diese und andere Faktoren, wie etwa der Placebo-Effekt, die Würde der Rechtsordnung oder der vermeintliche Kauf einer realen Chance, sind in der rechtsfortbildenden Lösung wertungsmäßig zu berücksichtigen.

Fischinger, Philipp S.

Die Beschränkung der Erbenhaftung in der Insolvenz

Band 26
2013. XXII, 171 Seiten.
ISBN 9783161523915
Leinen 74,00 €

Findet über das Vermögen des Erblassers und/oder das des Erben im Moment des Erbfalls ein Insolvenz- oder Restschuldbefreiungsverfahren statt oder wird ein solches noch vor der Bereinigung der Nachlassverbindlichkeiten eingeleitet, stellen sich im Schnittbereich zweier nicht perfekt aufeinander abgestimmter Rechtsgebiete gleichermaßen dogmatisch schwierige wie praktisch relevante Fragen. Damit steht der Rechtsanwender vor dem Problem, wie er bestmöglich die zueinander im Konflikt stehenden Interessen der Beteiligten austarieren und den oftmals gegensätzlichen Wertungen des Erbenhaftungs- und des Insolvenzrechts Rechnung tragen kann. Philipp S. Fischinger will zum einen dem Rechtsanwender einen Kompass zur Orientierung auf diesem unübersichtlichen Terrain an die Hand geben, zum anderen

möchte er durch punktuelle Gesetzgebungsvorschläge einen Beitrag zur Fortentwicklung des geltenden Rechts leisten.

Samhat, Abbas

Die Abgrenzung der Wahlschuld von der elektiven Konkurrenz nach dem BGB

Band 25
2012. XXIX, 463 Seiten.

ISBN 9783161520327
Leinen 94,00 €

Die praktisch relevante Grenzziehung der Wahlschuld zur elektiven Konkurrenz hat mit der Schuldrechtsreform wieder an Bedeutung gewonnen, was nicht zuletzt durch das Käuferwahlrecht zwischen Nachbesserung und Neulieferung (§ 439 I BGB) belegt wird. Die Rechtsnatur der Gläubigerwahlrechte ist vor allem mithilfe der Wahlschuld (§§ 262 – 265 BGB) oder der gesetzlich nicht geregelten elektiven Konkurrenz zu ermitteln. Die Wahlschuld führt (anders als die elektive Konkurrenz) z.B. zur grundsätzlichen Unwiderruflichkeit der Wahl; ferner kann der Schuldner dem Gläubiger, der die Wahl unterlässt, das Wahlrecht entziehen (§ 264 II BGB). Abbas Samhat beleuchtet das Wesen der beiden Rechtsfiguren, zeigt die Schwächen der tradierten Abgrenzungskriterien auf und stellt ein neues Kriterium zur Diskussion, das zur Aufwertung der bis dato 'unbeliebten' Wahlschuld führt: die Wahlpflicht des Wahlberechtigten.

Fröde, Christian

Willenserklärung, Rechtsgeschäft und Geschäftsfähigkeit

Band 24
2012. XIII, 304 Seiten.

ISBN 9783161519864
Leinen 94,00 €

Die seit über 100 Jahren überlieferte Zivilrechtsdogmatik kann manche Regelung des BGB nicht stimmig erklären, weil selbst gebildete und alte Begriffe die Wahrnehmung des Gesetzestextes teils behindern. Christian Fröde untersucht begriffliche Unterschiede, die im BGB sprachlich angelegt sind, zwischen Willenserklärung, Vornahme eines Rechtsgeschäfts und Rechtsgeschäft sowie Handlungs- und Geschäftsfähigkeit. Er will sie auf Grundlage des Gesetzes herausarbeiten (und nicht das Gesetz anhand älterer Begriffe erfassen), um ein angemessenes Modell rechtsgeschäftlichen Handelns bilden zu können. Er schlägt vor, auch auf sprachwissenschaftliche und -philosophische Modelle zurückzugreifen, was nach seiner Meinung und über diese Arbeit hinausweisend bei den europäischen Bemühungen der Privatrechtsvereinheitlichung zur Plausibilisierung der Erträge der Pandektistik des 19. Jahrhunderts, also der Regelungen des BGB, beitragen könnte.

Thomale, Chris

Leistung als Freiheit

Erfüllungsautonomie im Bereicherungsrecht

Band 23
2012. XXXVI, 467 Seiten.

ISBN 9783161516672
Leinen 119,00 €

Der Leistungsbegriff spielt im Schuldrecht des BGB eine zentrale Rolle und beherrscht insbesondere die Teilgebiete des Erfüllungs- und Bereicherungsrechts. Chris Thomale verschafft dem Leistungsbegriff zugleich kohärente und aussagekräftige Konturen, indem er nachweist, dass 'Leistung' in beiden Teilgebieten eine Willenserklärung bedeutet. Flankierend entwirft der Verfasser ein grundsätzliches Neuverständnis der Willenserklärung als normativen Zurechnungsakt. Mit diesem Instrumentarium dekonstruiert er die Leistungskonditionen des BGB und die bereicherungsrechtlichen Dreiecksverhältnisse. Der Verfasser gewinnt seine Ergebnisse durch hermeneutische Gesetzesauslegung, in die er auch rechtsvergleichende, rechtsgeschichtliche, ökonomisch-analytische und philosophische Aspekte einbezieht. Chris Thomale wurde mit dem von der Heidelberger Akademie der Wissenschaften verliehenen *Walter Witzmann-Preis* ausgezeichnet. Das Werk wurde bereits mit dem Fakultätspreis für die beste Dissertation des akademischen Jahres 2010/11 gewürdigt.

Matz, Christoph

Die Konkretisierung des Werks durch den Besteller

Band 22
2012. XVII, 241 Seiten.

ISBN 9783161518843
Leinen 79,00 €

Bei der Herstellung von Werken fallen Planung und Durchführung oft merklich auseinander. Ob einfacher Reparaturvertrag oder öffentliches Infrastrukturprojekt: insbesondere um die Kosten unter Kontrolle zu halten, müssen Werkverträge flexibel sein. Ein sich entwickelndes Werk scheint im Gesetz jedoch nicht vorgesehen. Der Werkvertrag des BGB wirkt starr, das Werk unabänderlich. Ist das BGB also überholt? Braucht es ein neues Bauvertragsrecht, um den ewigen Streit um Änderungsanordnungen, Bauverzögerungen und Zusatzkosten beizulegen? Christoph Matz verneint dies. Er bricht mit der Tradition und stellt nicht das Werk, sondern dessen Herstellung in den Mittelpunkt des Vertrags. Dadurch gelingt ihm die Verbindung eines veränderbaren, vom Besteller steuerbaren Leistungsgegenstands mit der für den Werkvertrag typischen Erfolgshaftung. Nach seiner These ist das BGB durchaus geeignet, der Vertragspraxis ein ausgewogenes und umfassendes Leitbild zu sein. Für die vorliegende Dissertation wurde Christoph Matz der 'Baurechtliche Forschungspreis des Deutschen Baugerichtstags e.V.' verliehen.

Sedlmeier, Kathleen

Rechtsgeschäftliche Selbstbestimmung im Verbrauchervertrag

Band 21
2012. XX, 582 Seiten.

ISBN 9783161509339
Leinen 139,00 €

Das Recht der Verbraucherverträge ist von großer praktischer Relevanz – auf zahllose Transaktionen des alltäglichen Rechtsverkehrs finden Sonderregelungen Anwendung, sobald ein Verbraucher beteiligt ist. Zugleich ist das Rechtsgebiet ständigen Fortentwicklungen – insbesondere durch das Unionsrecht – unterworfen. Kathleen Sedlmeier zeigt mit dem Prinzip rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung eine Möglichkeit auf, das Sonderrecht der Verbraucherverträge unter Verzicht auf personale Begründungsansätze, die an eine Unterlegenheit des Verbrauchers anknüpfen, mit den allgemeinen Grundstrukturen des Privatrechts in Einklang zu bringen. Ausgehend davon entwickelt sie stringente Lösungsansätze für zahlreiche praxisrelevante Probleme des Verbrauchervertragsrechts, etwa für Zweifelsfragen bezüglich des Verbraucherbegriffs selbst, der Beteiligung von Verbrauchern an Sicherungsgeschäften oder im Zusammenhang mit dem sogenannten Immobilienstrukturvertrieb.

Richter, Stefan

Schadenszurechnung bei deliktischer Haftung für fehlerhafte Sekundärmarktinformation

Zur Exegese des § 826 BGB

Band 20
2012. XXI, 385 Seiten.

ISBN 9783161509384
Leinen 99,00 €

Stefan Richter nimmt die jüngere Rechtsprechung und die zugehörigen Stellungnahmen im Schrifttum zur Frage der Schadensersatzhaftung für fehlerhafte Sekundärmarktinformationen zum Anlass, die grundsätzliche Handhabung der delikts- und schadensrechtlichen Haftungskriterien bei Anwendung von § 826 BGB und § 249 BGB kritisch zu untersuchen. Insbesondere kommt der Frage, ob der getäuschte und Schadensersatz verlangende Anleger auch bei pflichtgemäßer Information in das betreffende Wertpapier investiert hätte, nach der Rechtsprechung große Bedeutung zu. Ausgehend von einer Untersuchung der Kriterien zur Feststellung des Kausalzusammenhangs hinterfragt Stefan Richter die Bedeutung hypothetischer Betrachtungen für die Feststellung des Schadens und die Schadenszurechnung und beschäftigt sich mit dem subjektiven Tatbestand und der Sittenwidrigkeit. Dabei gelangt er zu einem korrigierten Verständnis des § 249 Abs. 1 BGB und einer reduzierten Bedeutung hypothetischer Betrachtungen für die Schadenszurechnung.

Becker, Eric

Schadensersatz nach Fristsetzung im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis

Band 19
2012. XII, 242 Seiten.

ISBN 9783161516931
Leinen 79,00 €

Über das Verhältnis von Schuld- und Sachenrecht ist unter der Geltung des Bürgerlichen Gesetzbuches – und auch zuvor – schon viel Streit ausgetragen worden. Vor der Schuldrechtsreform des Jahres 2002 bestand eine häufig wiederkehrende Frage darin, ob im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis mittels einer analogen Anwendung des seinerzeitigen § 283 BGB durch Fristsetzung zum Schadensersatz wegen Nichterfüllung der Vindikation übergegangen werden konnte. Eric Becker beantwortet sie nunmehr unter dem neuen Vorzeichen der Folgenorm § 281 BGB. Hierzu leuchtet er die rechtshistorischen Hintergründe aus und entwickelt sodann eine Lösung, die entgegen den bisherigen Ansätzen in Rechtsprechung und wissenschaftlichem Schrifttum auf eine umfassende Harmonisierung des Schadensersatzes in allgemeinem Leistungsstörungenrecht und Eigentümer-Besitzer-Verhältnis abzielt.

Gregor, Stephan

Das Bereicherungsverbot

Ausdruck der Trennung von Schaden und Haftung

Band 18
2012. XIX, 273 Seiten.

ISBN 9783161517044
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Das Bereicherungsverbot ist ein anerkannter Grundpfeiler des deutschen Schadensersatzrechts, obwohl weder Herleitung noch Inhalt genau bestimmt ist. Stephan Gregor leitet es aus dem Prinzip der Trennung von Schaden und Haftung ab. Dieses Prinzip besagt für den Schaden, dass er unabhängig davon besteht, wer für ihn haftet (natürlicher Schaden). Für die Haftung bedeutet das Prinzip, dass das Haftungsrecht nur den Schaden zuweisen kann, ihn aber nicht selbst bestimmt; eine über den Schaden hinausgehende Umverteilung ist kein Schadensersatz (Bereicherungsverbot). Es dient zur Abgrenzung von Schadensersatzes und Versicherung zu Wette, Vertrags- und Privatstrafe. Es bietet eine Leitschnur für zentrale Fragen des Schadensersatzes wie für den Nutzungersatz, für fiktive Reparaturkosten, die Drittschadensliquidation mit den Entgeltfortzahlungsfällen und für die Vorteilsanrechnung einschließlich der Fälle hypothetischer Kausalität. Stephan Gregor erhielt für seine Arbeit den Dissertationspreis 2011 der Juristischen Gesellschaft Hagen e.V. und den Förderpreis der Sparkasse Hagen 2011.

Fischinger, Philipp S.

Kürzungsregelungen bei Haftungshöchstsummen

Eine kritische Analyse de lege lata und de lege ferenda

Band 17
2012. XIII, 124 Seiten.

ISBN 9783161517136
Leinen 74,00 €

Gefährdungshaftungstatbestände sehen als Ausgleich für die reduzierten Haftungsvoraussetzungen oft Regelungen vor, die die Einstandsverantwortlichkeit auf einen Höchstbetrag beschränken (sogenannte Haftungshöchstsummen). Das macht Normen erforderlich, die die Verteilung der Haftungssumme regeln, wenn die eingetretenen Schäden diese Summe übersteigen (sogenannte Kürzungsregelungen). Pars pro toto seien die § 88 S. 2 AMG, § 12 Abs. 2 StVG, § 15 S. 2 UmweltHG genannt. Philipp S. Fischinger setzt sich ausführlich mit der bislang kaum erörterten Frage auseinander, ob diese Kürzungsregelungen im Fall eines Großschadensereignisses einem »Stresstest« standhalten würden. Er zeigt auf, dass und warum dies nicht zu erwarten ist, und erörtert deshalb verschiedene Regelungsalternativen de lege ferenda. Dabei plädiert er für eine teilweise »Sozialisierung« der entstandenen Schäden durch Verlagerung auf die Allgemeinheit und unterbreitet einen entsprechenden Gesetzesvorschlag.

Picker, Christian

Die betriebliche Übung

Band 16
2011. XXI, 489 Seiten.

ISBN 9783161509896
Leinen 119,00 €

Die »betriebliche Übung« wird allgemein als die regelmäßige und gleichförmige Wiederholung bestimmter Verhaltensweisen des Arbeitgebers verstanden, aus denen die Arbeitnehmer erschließen dürfen, dass ihnen auf Dauer eine Leistung oder sonstige Vergünstigung gewährt werden soll. Über die anspruchsbegründende Wirkung der betrieblichen Übung besteht zwar weitgehend Einigkeit. Die grundlegende Frage, warum eine Arbeitsvertragspartei auf Grund ihres wiederholten Verhaltens in der Vergangenheit für die Zukunft gebunden sein soll, hat jedoch bis heute keine überzeugende Antwort gefunden. Christian Picker legt dar, dass allein der rechtsgeschäftliche Wille des Arbeitgebers der Geltungsgrund für eine betriebliche Übung sein kann. Deren Anwendungsbereich ist daher auf solche Verhaltensweisen des Arbeitgebers beschränkt, denen der Arbeitnehmer objektiv den Erklärungswert der Zusage einer Leistung entnehmen kann und die auch tatsächlich aus einer entsprechenden synallagmatisch motivierten Zwecksetzung des Arbeitgebers erfolgen. Am Beispiel der betrieblichen Übung wird so die grundsätzliche Einheit von Individualarbeitsrecht und allgemeinem Zivilrecht dargestellt.

Röck, Sarah

Die Rechtsfolgen der Existenzvernichtungshaftung

Indisponibilität – Gläubigerbezug – Schadensberechnung

Band 15
2011. XIII, 197 Seiten.

ISBN 9783161509902
Leinen 74,00 €

Die Existenzvernichtungshaftung des GmbH-Gesellschafters wird seit dem »Trihotel«-Urteil des BGH vom 16. Juli 2007 auf eine Innenhaftung gegenüber der Gesellschaft aus § 826 BGB gestützt. Die Rechtsgrundlage der Einstandspflicht ist damit für die Praxis geklärt, unstimmtig bleiben aber deren Rechtsfolgen. Welche Schadensposten der Gesellschaft sind nach §§ 249 ff. BGB zu ersetzen? Besteht die Möglichkeit einer Pauschalhaftung und bilden die ausgefallenen Gläubigerforderungen die Höchstgrenze der Verantwortlichkeit? Sarah Röck untersucht die Rechtsfolgen der Existenzvernichtungshaftung anhand GmbH- und insolvenzrechtlicher Vorgaben sowie schadensrechtlicher Beweisgrundsätze. Anhand der historischen Entwicklung der Existenzvernichtungshaftung und ihrer Indisponibilität zeigt sie Unstimmigkeiten der Rechtsprechung auf und erarbeitet ein gläubigerschützendes Haftungskonzept.

Siepmann, Hiltrun

Selbstbehalt bei Verbriefungen

Institutionenökonomische Analyse, rechtliche Rezeption und effektive Umsetzung

Band 14
2011. XXVI, 295 Seiten.

ISBN 9783161508820
Leinen 99,00 €

Fehlansätze bei Kreditverbriefungen sind als ein Auslöser der internationalen Finanzkrise im Jahr 2007 identifiziert worden. Diese sollen durch den in der EU und den USA geregelten Selbstbehalt verringert werden, mit dem das verbriefende Finanzinstitut verpflichtet wird, einen Teil des übertragenen Risikos einzubehalten. Ausgehend von der funktionalen Einordnung des Selbstbehalts bei Verbriefungen in seinen rechtlichen Kontext untersucht Hiltrun Siepmann dessen Potential und Grenzen bei der Verhaltenssteuerung der verbriefenden Finanzinstitute sowohl aus juristischer als auch aus ökonomischer Sicht. Die Autorin zeigt, dass der Selbstbehalt allein die Fehlansätze nicht zu lösen vermag, entwickelt im Rechtsvergleich ein Gesamtkonzept zum Anleger- und Funktionenschutz bei Verbriefungen und unterbreitet einen neuen Regelungsvorschlag für den Selbstbehalt.

Döll, Yves

Rückgewährstörungen beim Rücktritt

Eine Untersuchung der Rücktrittfolgen, insbesondere der Wert- und Schadensersatzpflichten

Band 13
2011. XXVI, 476 Seiten.

ISBN 9783161507595
Leinen 114,00 €

Das Rücktrittsrecht und damit auch das in den §§ 346 ff. BGB geregelte Recht der Rücktrittfolgen haben im modernisierten Schuldrecht erheblich an Bedeutung gewonnen. Obwohl das Rücktrittsfolgenrecht im Zuge der Schuldrechtsmodernisierung neu ausgestaltet wurde, um die zahlreichen Mängel und Streitfragen des alten Rechts zu beseitigen, sind die Rücktrittfolgen bei Rückgewährstörungen weiterhin sehr umstritten. Ausgehend von den Streitfragen des alten Rechts und dem Konzept des Gesetzgebers bei der Schuldrechtsmodernisierung untersucht Yves Döll zunächst neben den grundlegenden Rücktrittfolgen schwerpunktmäßig die in den §§ 346, 347 BGB vorgesehenen Wert- und Schadensersatzpflichten, aber auch ergänzende Herausgabeansprüche. Anschließend klärt er die Tatbestände und Rechtsfolgen von einzelnen Rückgewährstörungen und überführt diese insgesamt in ein geschlossenes System der

Rücktrittsfolgen.

Blomberg, Eva Maria

Freiheit und Bindung des Erblassers

Eine Untersuchung erbrechtlicher Verwirklichungsklauseln

Band 12
2011. XVI, 321 Seiten.

ISBN 9783161507038
Leinen 89,00 €

Die Testierfreiheit gibt dem Erblasser das Recht, die Person seines Vermögensnachfolgers selbst zu bestimmen. Viele Erblasser haben aber darüber hinausgehende Vorstellungen, etwa wie mit dem Nachlass zu verfahren ist oder wie sich der Vermögensnachfolger zu verhalten hat, um sich des Erbes »würdig« zu erweisen. Eine Möglichkeit, diese Wünsche auch rechtlich durchzusetzen, bietet die Erbeinsetzung unter einer Verwirklichungsklausel. Eva Maria Blomberg untersucht die Zulässigkeit solcher Rechtsgestaltungen. Beginnend mit der Problematik dogmatisch-konstruktiver Gestaltungsmöglichkeiten über Fragen der Auslegung bis zur Wirksamkeit solcher Klauseln in einfach-rechtlicher sowie verfassungsrechtlicher Hinsicht zeigt die Autorin, dass die im Grundgesetz angelegte Vorherrschaft des Erblasserwillens sich nahezu uneingeschränkt durchsetzen muss. Die Arbeit wurde mit dem Harry Westermann-Preis der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität e.V. ausgezeichnet.

Hedderich, Katharina

Pflichtversicherung

Band 11
2011. XXVIII, 497 Seiten.

ISBN 9783161506369
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Gesetzliche Pflichten, einen Versicherungsvertrag abzuschließen und aufrechtzuerhalten, sind eine häufig auftretende Erscheinung. Sie treffen die Industrie und den einzelnen Berufstätigen ebenso wie den Privatmann. Nicht zuletzt das Beispiel der neuen Pflicht zur privaten Krankenversicherung und der dazu ergangenen Bundesverfassungsgerichtsentscheidung zeigt die Bedeutung der Frage, ob und in welchem Ausmaß der Staat in den Bereich privater Vorsorge regulierend in Gestalt von Versicherungszwang eingreifen darf oder gar muss. Ausgehend von einer historischen und einer rechtsvergleichenden Betrachtung unternimmt Katharina Hedderich erstmals eine umfassende Untersuchung zu Grundlagen und rechtlichen Grenzen, Systematik, Anordnung und Ausgestaltung privater Pflichtversicherung, welche sowohl die Vorgaben des Verfassungsrechts als auch die Anordnungs- und Ausgestaltungserfordernisse auf einfachgesetzlicher Ebene aufzeigt.

Korth, Ulrich

Minderung beim Kauf

Band 10
2010. XVIII, 222 Seiten.

ISBN 9783161506024
Leinen 89,00 €

In der Regierungsbegründung zum Schuldrechtsmodernisierungsgesetz heißt es zum Minderungsrecht des Käufers gemäß § 441 Abs. 1 S. 1 BGB knapp: »Hat die gelieferte Sache einen Mangel, so kann der Käufer ein Interesse daran haben, sie zu behalten und den Kaufpreis herabzusetzen. Diesem Ziel dient die Minderung.« Was den Rechtskreis des Verkäufers anbelangt, so wirft die Minderungsbefugnis des Käufers aber die Frage auf, ob der Verkäufer die Abgabe der Kaufsache zu einem geminderten Kaufpreis stets akzeptieren muss. Ulrich Korth rückt diese Frage in das Zentrum seiner Arbeit über die Minderung beim Kauf. Dabei sucht er, das Minderungsrecht des Käufers von einem haftungsrechtlichen Verständnis zu befreien und den Schutz des vertraglichen Rechtskreises des Verkäufers herauszuarbeiten.

Wagenknecht, Christopher

Das System der rechtlichen Kontrolle von Eheverträgen

Band 9
2010. XIX, 270 Seiten.

ISBN 9783161503948
Leinen 79,00 €

Die Frage, wo die Grenzen der Vertragsfreiheit verlaufen, beschäftigt seit Jahren Rechtswissenschaft und -praxis. Ausgehend von verfassungsrechtlichen Überlegungen zum Verhandlungsungleichgewicht hielt eine Inhaltskontrolle von Verträgen Einzug in das Privatrecht. Besondere Relevanz kommt dieser Entwicklung im Bereich des Ehevertragsrechts zu. Christopher Wagenknechts Werk »Das System der rechtlichen Kontrolle von Eheverträgen« gliedert das Phänomen wieder stärker in die allgemeine Schuldrechtsdogmatik ein. Anhand der Systematik des Privatrechts werden die verschiedenen zur Inhaltskontrolle geeigneten Rechtsinstitute untersucht und unter Einbeziehung unterschiedlicher Fallkonstellationen voneinander abgegrenzt. Das Werk arbeitet die für die Praxis wesentlichen Kriterien heraus, um die Rechtsinstitute der Wirksamkeitskontrolle und der Störung der Geschäftsgrundlage sachgerecht handhaben zu können.

Wall, Fabian

Das Valutaverhältnis des Vertrags zugunsten Dritter auf den Todesfall – ein Forderungsvermächtnis

Neubetrachtungen im Anschluss an die »Jahrhundert-Entscheidung« BGHZ 156, 350 ff. und an das »Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge«

Band 8
2010. XLI, 854 Seiten.
ISBN 9783161504488
fadengeheftete Broschur 99,00 €

Seit 1930 ordnet die Rechtsprechung das Valutaverhältnis des Vertrags zugunsten Dritter auf den Todesfall als lebzeitige Schenkung ein. Diese stets umstrittene Rechtsprechung basiert maßgeblich auf einer Konstruktion, die den Dritten vor dem Zugriff von Nachlassgläubigern schützen sollte. Dieser Zweck entsprach zwar dem Willen des Gesetzgebers von 1900, ist aber durch neuere Entwicklungen im Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht – zu nennen sind die Entscheidung BGH, Urt. v. 23. Oktober 2003, IX ZR 252/01, BGHZ 156, 350 ff. und das »Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge« vom 26. März 2007 – obsolet geworden. Fabian Wall zeigt, dass diese Entwicklungen es ermöglichen und gebieten, das Valutaverhältnis in Zukunft als Forderungsvermächtnis einzuordnen, das – mit Ausnahme der aufgrund einer teleologischen Reduktion nicht anwendbaren Formvorschriften – dem Erbrecht unterliegt.

Schramm, Annina

Haftung für Tötung

Eine vergleichende Untersuchung des englischen, französischen und deutschen Rechts zur Fortentwicklung des deutschen Haftungsrechts in Tötungsfällen

Band 7
2010. XXIX, 535 Seiten.
ISBN 9783161501838
fadengeheftete Broschur 94,00 €

Die haftungsrechtlichen Konsequenzen einer Tötung sind in Deutschland wegen der Konzentration deliktsrechtlicher Ansprüche auf den direkt an seinen Rechtsgütern Geschädigten verhältnismäßig gering. Annina Schramm identifiziert vor dem Hintergrund eines ausführlichen Rechtsvergleichs die haftungsrechtlichen Lücken und ihre Gründe. Sie legt dar, dass das in Deutschland noch fehlende Angehörigenschmerzensgeld jedenfalls für die Kernfamilie verfassungsrechtlich zwingend geboten ist. Darüber hinaus erläutert sie die rechtspolitische und wertungsmäßige Notwendigkeit von Ausweitungen des deutschen Haftungs- und Schadensrechts: Unter Wahrung der überkommenen Grundprinzipien fordert die Autorin eine Anknüpfung der Schadensersatzansprüche an den Verlust tatsächlicher Unterhaltsleistungen sowie die Gewährung eines Angehörigenschmerzensgeldes auch an Verlobte, nichteheliche Lebensgefährten und Pflegeeltern bzw. -kinder.

Miethaner, Tobias

AGB-Kontrolle versus Individualvereinbarung

Zweck und Grenzen der Inhaltskontrolle vorformulierter Klauseln

Band 6
2010. XVI, 289 Seiten.
ISBN 9783161503313
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Ob eine Vertragsbestimmung der Inhaltskontrolle nach dem AGB-Recht unterliegt, ist für die vertragsrechtliche Praxis von grundlegender Bedeutung. Die vorliegende Arbeit hat zum Ziel, den Anwendungsbereich kontrollfreier Individualvereinbarungen zu bestimmen. Hierzu werden Zweck und Grenzen der AGB-Kontrolle aus verfassungsrechtlicher, rechtstheoretischer und europarechtlicher Perspektive erörtert. Im Ergebnis wird die Klauselkontrolle mit der legitimen Ignoranz des Verwendungsgegners gegenüber vorformulierten Bestimmungen gerechtfertigt. Es folgt eine ausführliche Analyse und Kritik der BGH-Rechtsprechung zum 'Aushandeln' vorformulierter Klauseln. Ihr stellt Tobias Miethaner ein Konzept gegenüber, das insbesondere im unternehmerischen Geschäftsverkehr mehr Raum für kontrollfreie Vereinbarungen schafft, ohne den Verbraucherschutz zu vernachlässigen. Im Anschluss untersucht er praktisch wichtige Fallkonstellationen.

Cziupka, Johannes

Dispositives Vertragsrecht

Funktionsweise und Qualitätsmerkmale gesetzlicher Regelungsmuster

Band 5
2010. XXII, 552 Seiten.
ISBN 9783161502286
Leinen 104,00 €

Vertragsakteure schöpfen ihr autonomes Gestaltungspotential regelmäßig nicht aus. Beschränkte kognitive Fähigkeiten sowie Transaktionskosten sind nur einige der Faktoren, die den Abschluss »vollständiger« Verträge verhindern. Der Staat hat daher die privatautonome Gestaltungsmacht fördernd zu unterstützen, indem er dem Rechtsverkehr optionale Regelungsmuster anbietet. Die Existenz solchen dispositiven Rechts ist praktische Funktionsbedingung moderner Rechtsordnungen, die auf dem Prinzip der Privatautonomie gründen. Johannes Cziupka befasst sich mit dem bis dato ungeklärten genauen Funktionsradius dieses Rechts und geht der Frage nach, wie es inhaltlich optimal ausgestaltet sein sollte. Um die Wirkungsweisen und Qualitätsmerkmale dispositiven Rechts aufzudecken, wendet er rechtshistorische, -theoretische, -philosophische und insbesondere auch -ökonomische Untersuchungsmethoden an.

Uffmann, Katharina

Das Verbot der geltungserhaltenden Reduktion

Band 4
2010. XVII, 317 Seiten.
ISBN 9783161503184
Leinen 89,00 €

Das Verbot der geltungserhaltenden Reduktion erscheint als ein unumstößliches Rechtsprinzip. Gleichwohl wird gegenwärtig vor allem im Arbeitsrecht darüber nachgedacht, ob es hiervon Ausnahmen geben soll. Katharina Uffmann stellt die Frage nach der Überzeugungskraft des Verbotsdogmas für das gesamte Zivilrecht. Sie zeigt auf, dass das mit Präventions- und Transparenzabwägungen bloß vordergründig bestechend fundierte Dogma häufig zu keinen sachgerechten Ergebnissen führt und dass mit den Argumentationsfiguren des *blue-pencil-tests* und der ergänzenden Vertragsauslegung dessen Konsequenzen erheblich abgemildert werden. Als Ursache der Reduktionsfeindlichkeit macht die Autorin unzutreffende begriffliche und methodische Vorverständnisse aus. Sie plädiert daher für die Aufgabe des Verbotsdogmas und rechtfertigt eine richterliche, auf einen angemessenen Interessenausgleich abzielende

Müller, Therese

Besitzschutz in Europa

Eine rechtsvergleichende Untersuchung über den zivilrechtlichen Schutz der tatsächlichen Sachherrschaft

Band 3
2010. XXI, 297 Seiten.

ISBN 9783161502200
Leinen 89,00 €

In den meisten Rechtsordnungen wird nicht nur der Eigentümer einer Sache, sondern auch derjenige, der die bloße tatsächliche Kontrolle über eine Sache ausübt, dagegen geschützt, dass man ihm die Sache entzieht oder ihn bei der Ausübung der tatsächlichen Sachherrschaft stört. Therese Müller untersucht rechtsvergleichend, wie dieser Schutz in verschiedenen europäischen Rechtsordnungen in materieller und prozessualer Hinsicht ausgestaltet ist. Sie analysiert, welche ganz unterschiedlichen Zwecke mit dem Schutz der faktischen Sachherrschaft, dessen Existenzberechtigung in der Vergangenheit immer wieder angezweifelt worden ist, tatsächlich verfolgt werden. Auf dieser Basis spricht sich die Autorin für eine Aufnahme besitzschützender Regeln in ein mögliches gemeineuropäisches Zivilgesetzbuch aus und erarbeitet Grundsätze für eine zweckmäßige und konsistente Regelung des Besitzschutzes.

Kirsten, Stefan

Verschuldensunabhängige Schadensersatzhaftung für Sachmängel beim Warenkauf?

Band 2
2009. XXVI, 441 Seiten.

ISBN 9783161498923
Leinen 99,00 €

Während eine Vielzahl ausländischer Rechtsordnungen zu einer Garantiehafung nach dem Vorbild des Common Law tendiert, folgt das deutsche Privatrecht traditionell dem Verschuldensprinzip. Gleichwohl hat die Kritik an demselben neuen Auftrieb durch die Reformierung des §276 BGB erhalten, dessen unscharfe Formulierung massive Zweifel am Geltungsanspruch des Verschuldensprinzips nährt. Stefan Kirsten untersucht am Beispiel des Kaufgewährleistungsrechts, inwieweit diese Zweifel begründet sind. Dazu referiert er zunächst den Diskussionsstand, bevor er die einzelnen Modalitäten des §276 BGB beleuchtet. Anhand der Kriterien der Gesetzesauslegung erörtert er, warum sich das Verschuldensprinzip nicht mit einem pauschalen Rekurs auf allgemeine Rechtsgrundsätze legitimieren lässt. Sodann zeigt er durch einen Vergleich des deutschen und des anglo-amerikanischen Warenkaufrechts die Bedenken gegenüber der Sachgerechtigkeit einer Garantiehafung auf. Diese werden im Verlauf einer ökonomischen Analyse zur Gewissheit: Der Autor legt dar, dass die im reformierten Sachmängelrecht verwirklichte Variante einer verschuldensabhängigen Schadensersatzpflicht dem normativ-hypothetischen Willen der Kaufvertragsparteien und damit dem Prinzip des *pacta sunt servanda* entspricht. Dieses rechtfertigt eine Garantie- bzw. Risikohaftung nur zum Schutz des käuferischen Vertrauens sowie zur Gewährleistung einer Kongruenz von Chance und Risiko. Im Lichte dieser Erkenntnis erläutert Stefan Kirsten abschließend, warum für eine Schadensersatzhaftung jenseits von §276 BGB keinerlei Bedürfnis besteht.

Bömer, Guido

Besitzmittlungswille und mittelbarer Besitz

Band 1
2009. XXV, 282 Seiten.

ISBN 9783161497698
Leinen 79,00 €

Zur Frage der Beendigung des mittelbaren Besitzes, die in der Kreditsicherungspraxis von erheblicher Bedeutung ist, hat sich seit Inkrafttreten des BGB eine feste herrschende Ansicht gebildet. Sie sieht einen beliebig änderbaren Besitzmittlungswillen des unmittelbaren Besitzers als Voraussetzung des mittelbaren Besitzes an und lässt diesen Besitz deshalb enden, sobald der unmittelbare Besitzer erkennen lässt, dass er seinen Besitz nicht länger für den bisherigen mittelbaren Besitzer ausüben will. Dies führt zu Wertungswidersprüchen und praktischen Ergebnissen, die auch Vertreter der herrschenden Ansicht als unbefriedigend empfinden.

Guido Bömer stellt die angebliche Voraussetzung eines Besitzmittlungswillens auf den Prüfstand. In einer umfangreichen historischen Untersuchung wertet er vor dem Hintergrund des Römischen und Gemeinen Rechts die Gesetzesmaterialien aus und erschließt so das Verständnis, das die Gesetzesverfasser der Regelung des Besitzrechts im BGB zugrunde gelegt haben. Es zeigt sich, dass die Figur des mittelbaren Besitzes nicht eingeführt wurde, weil die Gesetzesverfasser eine tatsächliche Sachherrschaft des mittelbaren Besitzers annahmen, die sich auf einen Besitzmittlungswillen gründete, sondern weil die Besitzfolgen auf den mittelbaren Besitzer um seines schutzwürdigen Interesses willen erstreckt werden sollten. Auf Basis dieser Erkenntnisse entwickelt der Autor seine These vom mittelbaren Besitz als objektivem Zuordnungsverhältnis von Rechtsfolgen, auf deren Grundlage etwa ein Wertungswiderspruch zwischen § 933 und § 934 BGB von vornherein nicht besteht.

